

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifenband 2,50 Mk. Kneiselpreis: Die gebirgspaltene Millimeterzelle über deren Raum 12 Pf., Vereins- und Verkaufungsbandagen 6 Pf., Kneiselpreis: Die gebirgspaltene Millimeterzelle über deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Techniker Straße 50. Telefon 2719. Postkontos: Breslau 544. **Redaktion:** Breslau, Techniker Straße 50. Telefon Ring 9887. **Druckerei der Redaktion:** von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Filiale-Expeditionen:** Wietzsch, Wilhelmstraße 26, Telefon 1068. **Grill:** Luisen 6, Telefon 2384. **Geschäftsstelle:** von 8-10 Uhr. **Verkaufstand am Hauptverlagsort:** Breslau. — **Verlag:** Edler, Verlagsgesellschaft m.B.H., Breslau. — **Druck:** „Reisig“ Berlin, Fil. Breslau, Techniker Str. 50.

Noste offizieller SPD.-Wahlkandidat

Beschluß des Parteivorstandes

Berlin, 9. Januar.

Die endgültige Entscheidung über die Noste-Kandidatur ist gefallen. Am Donnerstag fand in Berlin eine Sitzung des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei statt, in der Vertreter des Wahlkreises Weser-Ems anwesend waren. Diese sozialdemokratischen Delegierten richteten an den Parteivorstand die Frage, ob sie die Aufstellung Nostes als Reichstagskandidat vornehmen könnten, ohne daß der Parteivorstand sie später desavouieren und gegen die Kandidatur Einspruch erheben werde. Der Parteivorstand der SPD. erteilte daraufhin den Vertretern von Weser-Ems den Auftrag, in der Richtung zu arbeiten, daß ein mög-

lich einstimmiger Beschluß über die Aufstellung Nostes zustandekomme. Der Parteivorstand selber werde unter gar keinen Umständen gegen die Kandidatur Stellung nehmen, sondern unbedingt an ihr festhalten.

So haben die Wels, Hermann Müller und Stampfer sich endgültig entschieden. Das Bekenntnis der SPD. zu Noste ist das Bekenntnis zur blutigen Unterjochung der deutschen Arbeiterklasse, zu jenen Leichenhügeln und Massengräbern erschlagener Arbeiter, die den Weg Nostes zieren, zu jenem Meer von proletarischem Blut, das er vergossen hat, zu jener Wiederaufrichtung der kapitalistischen Herrlichkeit, die er und seine weißen Horden vollbracht.

Paul-Boncour

und die pazifistische Maske der Sozialdemokratie

Von Michel Pollak (Paris)

Allgemeine Abrüstung! Revision des Versailler Vertrages! Räumung des Rheinlandes! Demokratisierung des Völkerbundes! Ersetzung des Locarnopakt durch das Genfer Protokoll! Abschaffung der Geheimdiplomatie! Streichung der Kriegsschulden! Wirtschaftsdemokratie! Industrieller Friede! Praktische Zusammenarbeit zwischen bürgerlichem Staat und Gewerkschaften im nationalen Wirtschaftsrat! Kein sozialdemokratische oder Linksblokderegierungen! So lauten die Wahlparolen in allen Lagern der Zweiten Internationale für das Wahljahr 1928. So wurde es auch in der französischen Presse vor dem letzten Parteitag der französischen Sozialdemokratie laut verkündet.

Die sozialdemokratischen Führer mühen sich ab, in den Arbeitermassen neue Illusionen über eine anbrechende demokratisch-pazifistische Ära zu erwecken. Allen Nebeln soll abgeholfen werden durch einen Sieg der Sozialdemokratie, sei es allein, sei es im Bündnis mit den linken bürgerlichen Parteien, in den kommenden Wahlkämpfen in Frankreich, Deutschland und hauptsächlich in England und Belgien, also in den größten imperialistischen Ländern Europas.

Diese demokratisch-pazifistische Illusionsmaske paßt sehr gut zu den fieberhaft betriebenen Kriegsvorbereitungen. Zu der Tat, ein sonderbares Zusammenreffen! Die kapitalistische Welt rüftet und provoziert mit allen Mitteln den Krieg gegen Sowjetrußland. Die Massen der Werktätigen und sogar der Kleinbürger erkennen den brutalen Kriegswillen Englands und die Friedensliebe der Sowjetunion an. In demselben Augenblick bemüht sich die Sozialdemokratie, Illusionen zu säen, die Werktätigen zu verdrösten auf die Siege der sozialdemokratischen Parteien, als ob sie nichts zu tun hätten mit der Antisowjethege. Aber es ist das nicht der erste Knechtsdienst der Zweiten Internationale gegenüber der kapitalistischen Internationale. Der Haß beider gegen den ersten Arbeiterstaat ist gleich groß. Kauffisch Neujahrswunsch — steht er nicht den Sturz der Arbeiterdiktatur in Rußland herbei? Wird nicht tagtäglich im „Vorwärts“ eine wütende Hege gegen die Sowjetunion betrieben? Haben nicht eben die russischen Sozialdemokraten einen Aufruf erlassen, in dem sie ebenfalls den Sturz der Arbeiterdiktatur, die „Demokratisierung Rußlands“ fordern? Demokratisierung Rußlands! O Fronte! Aber weshalb sollte dieses Schlagwort nicht einen Krieg heiligen? Ist der Sturz der Sowjetregierung nicht eine notwendige Vorbedingung der von den Sozialdemokraten verkündeten demokratisch-pazifistischen Ära des Kapitalismus? Angenommen, alle Wünsche Kauffisch und der Zweiten Internationale seien erfüllt — wie wird dann eine solche demokratisch-pazifistische Ära wohl aussehen?

Wir haben ja schon eine erlebt oder wenigstens eine halbe: Die Regierung MacDonald in England und die Linkeregierungen in Frankreich, Deutschland und Belgien. Noch bevor die Werktätigen aus der demokratisch-pazifistischen Illusion von 1924 erwachten, haben drei große Kriege gerast: In Marokko, Syrien, China haben MacDonalds Kriegsschiffe Ägypten zur Vernunft gebracht; sind in England und Wien große Klassenschlachten geschlagen worden.

Jetzt, unter dem bürgerlichen Klassenbrud und der wachsenden Kriegsgefahr, drohen die Arbeitermassen aufzuwachen. Schnell eine neue Dosis, um sie einzuschläfern: 51 Prozent der Wähler und Parlamentarische, dann wird es gehen!

Die Geschichte ist ein geduldiger Lehrmeister. Während der Weihnachtstage, auf dem Pariser Parteitag der französischen Sozialdemokraten, hat der Revisionismus triumphiert. Paul Boncour hat gesprochen, und der Kongreß hat ihm Ovationen dargebracht!

Paul Boncour ist ja eine bekannte Persönlichkeit. Man erinnert sich noch seiner Rede nach Polen, bei welcher Gelegenheit er den Militarismus Bilsubsis feierte als Vorhut der europäischen Zivilisation gegen die russische Barbarei. Man weiß, daß Paul Boncour einen Sitz im „Obersten Rat der Nationalen Verteidigung“ von Frankreich hat, daß er der ständige Delegierte des imperialistischen Frankreichs in Genf ist. Wer kennt nicht das Paul Boncour'sche Gesetz über die Mobil-

Hausfuchungen im Liebknecht-Haus

Von S. Eberlein.

Die Kommunistische Partei ist an Hausfuchungen gewöhnt. Sie gehören sozusagen zum ständigen Geschäftsbetrieb des Zentralkomitees. Was sich aber in den letzten Monaten hier zuträgt, übersteigt alle Grenzen, die wir bisher gewöhnt waren. Seit ein paar Monaten halten sich die Staatsanwälte fast von jedem Dorfe in Deutschland für berechtigt und verpflichtet, Hausfuchungen beim Zentralkomitee anzuordnen. Wenn irgendwo im Lande ein Flugblatt, ein Klebezeitel oder eine Broschüre verteilt wird, dann kommt irgendein hergelaufener Staatsanwalt und ordnet eine Hausfuchung beim Zentralkomitee an. Diese Hausfuchungen werden auch dann angeordnet, wenn Literatur ganz legal mit Verleger- und Herausgeberangabe erschienen ist.

Daß die Vertreter der deutschen Justiz, die zum größten Teil ihre faschistische Gesinnung nicht verleugnen können, mit allen Mitteln den Kampf gegen die kommunistische Partei führen, ist bekannt. So lange die deutsche Arbeiterchaft sich diese Justiz gefallen läßt, wird das nicht anders werden.

Aber von besonderer Bedeutung dabei ist, daß der sozialdemokratische Innenminister Grzesinski und sein getreuer Schildeknoppe Jörglebel in Berlin sich mit einem Eifer und einer Unterwürfigkeit dieser Justiz zur Verfügung stellen, daß sie sich wirksame Rekruten verhalten, daß sie zu jeder Zeit tanzen, wenn der Staatsanwalt pfeift.

In den letzten Monaten sind fast jede Woche mehrmals ganze Rudel von Kriminalbeamten auf die Räume des Zentralkomitees, auf das Karl-Liebknecht-Haus losgelassen worden. Alle Zimmer werden durchsucht, alle Schränke durchwühlt, alle Akten durchschürffelt, um das corpus delicti zu finden. Natürlich in allen Fällen ohne jeden Erfolg. Nicht in einem einzigen Falle wurde etwas gefunden, außer einmal ein paar Broschüren, die in jedem Buchladen zu kaufen sind.

Am Mittwoch rüdten wieder 16 Kriminalbeamte mit ihren Kommissaren an und suchten einen von irgendeiner Jugendgruppe herausgegebenen Propagandazettel zu Hindenburgs Geburtstag. Als Jörglebel den Namen Hindenburg vom Staatsanwalt gehört hat, ist er wahrscheinlich zusammengeklappt wie ein Taschenmesser. Die Kriminalbeamten belamen sicher ganz besonders strenge Anweisungen, und sie suchten stundenlang mit einem Eifer, der gewiß angebracht wäre, wenn es sich darum handeln würde, einen faschistischen Mörder oder einen kapitalistischen Schieber zu suchen. Sie suchten nach dem Jargon des Staatsanwalts „die Spuren der strafbaren Handlung“. Gefunden haben sie natürlich nichts.

Aber durch diese Hausfuchungen werden sicher noch andere dunkle Zwecke verfolgt. Es genügt der Abteilung Ia nicht, die der Partei gehörenden Baupläne des Karl-Liebknecht-Hauses bei der Baupolizei zu kopieren und sich anzueignen — sie wollen wissen, wer in den Zimmern des ZK. arbeitet und welche Arbeiten hier verrichtet werden. Denn sonst hätte die immer wiederkehrende Schnüffelei in unseren Büros keinen Sinn.

Im Anzuge kamen 2 Beamte, jetzt sind es schon 16 geworden! Wann werden die 180 Mann der Kriminalpolizei anrücken, die schon heute den Auftrag haben, im geeigneten Moment die Reichs- und Landtagsabgeordneten der Kommunistischen Partei zu schnappen?

Wir wissen, daß alles protestieren gegen diesen Skandal nicht nützt, daß nur der schärfste Protest der Arbeiterchaft in den Vereinen, Gewerkschaften und allen Arbeiter-Organisationen dieses niederträchtigen Handwerk der Jörglebel und Grzesinski lahmlegen

kann. Wir sind dabei sogar gewiß, daß ein großer Teil der Kriminalbeamten, die nur mit Widerstreben dieses Handwerk auf Befehl ausüben, froh wäre, solch dunkler Aufgaben entledigt zu werden.

Neues Explosionsunglück in Berlin

durch Geheimfabrikation in einer Grunewaldvilla

(Fig. Ver.) Berlin, 9. Januar.

Am Sonntagvormittag gegen 9,45 Uhr ereignete sich in der Villa des Inhabers der Firma Weingärtner & Co. in der Parkstraße, in einem der Wohnviertel der Großbourgeoisie, ein Explosionsunglück, durch das der Mitinhaber der chemischen Fabrik, Herr Stammer, die Hausangestellte Martha Schönfelder getötet sowie einige Hausbewohner schwer verletzt wurden. Die Ursache des Unglücks ist darauf zurückzuführen, daß die Firma Weingärtner, die ein Laboratorium unterhielt, sich unerlaubterweise auch mit der Fabrikation von chemischen Mitteln befaßte. Man nimmt an, daß die Explosion hauptsächlich durch bei der Fabrikation verwendete Sprengkapseln verursacht wurde.

Breslauer Eingemeindung vor dem Landtag

Ul. Berlin, 7. Januar. Für die nächste Vollziehung des Preussischen Landtages, die am 17. Januar um 13 Uhr stattfindet, liegt die Tagesordnung jetzt vor. Zur Beratung steht zunächst der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Breslau. Ferner sollen die Gesetzentwürfe über ärztliche Ehrengerichte und über die Gewährung von Zwischenkrediten bei Rentengutsgründungen in erster Beratung erledigt werden. Weiter stehen auf der Tagesordnung die Ausführungsbestimmungen zum Polizei-Beamtengesetz, ein Auswahlantrag über die Ausdehnung der Notstandsaktion für Unwerterschäden in besonderen Härtefällen auf das Gebiet der Schuldenlasten und ein Antrag der Völkischen und der Wirtschaftlichen Vereinigung über die Ausdehnung der Untersuchung des Untersuchungsausschusses in Sachen Grütze-Lehder auf das Verhalten des Gerichts usw. gegenüber der Strafanzeige des Abgeordneten Wulle.

Sowjetwahlen im Herbst

Lauf Beschluß des Präsidiums des Zentralsekretariats der Sowjetunion werden die Sowjetwahlen, die im ersten Viertel 1928 hätten stattfinden sollen, auf Herbst 1928 verschoben. Der Beschluß ist darauf zurückzuführen, daß in der ursprünglich vorgesehenen Wahlperiode wichtige Ereignisse, wie Neuwahlen in den Genossenschaften, die allgemeine Revision der Kollektivverträge, das Sammeln der Getreidevorräte usw. stattfinden werden, die die Aufmerksamkeit der Stadt- und Dorfbewohner voll in Anspruch nehmen. Das Präsidium des Zentralsekretariats sagte seinen Beschluß auf Wunsch einer Anzahl von Sowjetrepubliken. Die Wahlen werden im Herbst gleichzeitig in der ganzen Sowjetunion stattfinden

erung der ganzen Nation, beider Geschlechter, der Alten und der Jungen, im Kriegsfall?

Nach all diesen Sünden hat kein Zahn auf dem Kongress der französischen Sozialdemokratie gekracht. Im Gegenteil, der ganze Kongress spendete Beifall, Ovationen, als Paul Boncour seine chauvinistische Ideologie darlegte, als er offen als Agent des französischen Imperialismus auftrat.

Paul Boncour hat aus Liebe zum „Regieren“, zu seinem imperialistischen Vaterlande, die demokratisch-pazifistische Phrasologie der Zweiten Internationale grauhaft verfehlt. Braucht das wunderzunehmen? Ist nicht in der demokratisch-pazifistischen Ära von 1924, unter der Regierung des Linksblocks, der Krieg in Marokko und Syrien entbrannt, haben damals nicht die französischen Sozialdemokraten, nach dem großen Verrat von 1914, ein zweites Mal Verrat geübt und für die Kriegskredite gestimmt? Und das immer unter Paul Boncour hervortragendem Einflusse.

Zu Weihnachten haben Paul Boncour und Genossen ihre „Friedensreden“ geschwungen. Sört den großen sozialdemokratischen Tribun ...!

Revision des Versailler Vertrages? Wagt ihr denn nicht, was für Pulverbasser dies in die Luft sprengen würde? Also ruhig behalten!

Rheinland-Räumung? Unmöglich! Die Sicherheit Frankreichs, des imperialistischen Frankreichs erfordert 80 000 französische Soldaten am Rhein!

Weshalb alle die Verträge, die Frankreich mit Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Serbien abgeschlossen hat, als ungerecht, als Kriegsverträge ansehen? Seht ihr denn nicht ein, daß ihr dadurch Glauben macht, daß die jetzige Lage gefährlicher ist als die von 1914?

Abşaffung der Geheimdiplomatie? Aber die Mächte sind doch an der offenen Diplomatie nicht interessiert. Wähin also bleiben wir bei der alten, bei der geheimen.

Allgemeine Abrüstung? Lächerliche Forderung! Solch ein Unsinn ist den Russen vorbehalten.

Räumung der Kolonien? O nein, nur Demokratisierung!

Das sind die Hauptbonnertheile Paul Boncours gegen die Lösungen, mit welchen die sozialdemokratischen Parteien, speziell die deutsche, ihre Wahlpropaganda machen wollen.

Ja, Boncour nimmt sich kein Blatt vor den Mund und verköhnt sogar die Lösung der Zweiten Internationale von der „Demokratisierung des Völkerbundes“. Demokratisierung des Völkerbundes unter direkter Kontrolle der Völker oder auch nur der Parlamente? Ach nein! Nicht Demokratisierung des Völkerbundes, höchstens Demokratisierung der Regierungen! Noch einige Paul Boncours — und der Völkerbund ist demokratisiert.

Wie Paul Boncour, so der ganze französische Parteitag. Die Debatten des Parteitages über die Lage und die Aufgaben in Frankreich waren nichts anderes als der Ausdruck der inneren Stabilisierungs- und Rationalisierungstendenzen der französischen Bourgeoisie. Das erhellt aus der Stellung des Parteitages zur Finanzfrage (Fallenlassen der Kapitalseabgabe), zu den Kriegsschulden (ihre Anerkennung), zum Sozialversicherungsprogramm, das die Verstaatlichung der Gewerkschaften vorseht, zur Wahlaktik, durch die die linksbürgerlichen Parteien den Kommunisten vorgezogen werden. Ja, in vielen Punkten war sogar der Kongress der bürgerlichen Radikalsozialisten „radikaler“ gewesen als der der Sozialdemokraten. Es läßt sich ein deutliches Hinwachsen des rechten Flügels der Sozialdemokratie, der Paul Boncour, Renaudel usw., die auf diesem Kongress triumphiert haben, in das radikalsozialistische Lager feststellen.

Die revolutionär klingenden Reden der Brade, Comperre-Mozel und Zyromski sind im Kongressalle verhallt. Doch werden sie wahrscheinlich starken Widerhall in großen Kreisen der Bekleideten Frankreichs finden. Sind doch in Frankreich die Sozialdemokraten noch nicht am Ruder gewesen, sind doch noch viele Arbeiter von Illusionen erfüllt und glauben an die Anfrichtigkeit der linken sozialdemokratischen Führer. Diese werden noch geacht, werden noch nicht ausgepöfien, wie die Juchow, Renaudel und Albert Thomas. So sind auch in Frankreich die linken sozialdemokratischen Führer die härtesten Pfeiler der demokratisch-pazifistischen Illusionen.

20 Tote bei der Hochwasserkatastrophe in London

Die Ueberschwemmungen der Themse im Herzen Londons, die Sonnabend nacht mit einsetzender Flut begannen, fielen alles in den Schatten, was bisher an Londoner Ueberschwemmungen zu verzeichnen ist. In dem am Themse-Ufer in unmittelbarer Nähe des Parlaments gelegenen Wohnviertel sind zwanzig Personen in ihren überschwemmten Wohnungen ertrunken. Die Ufermauer gab an dieser Stelle in einer Breite von etwa 40 Metern dem ersten Druck des Wassers nach. Wie ein rauschender Wasserfall stürzte die Flut vorwärts und setzte in Minuten alle ringsherum gelegenen Gebäude unter Wasser. Von den in den Erdgeschossungen untergebrachten Personen, die zur Zeit des Einbruchs der Fluten, um 12.30 Uhr nachts, bereits schliefen, hatten nur wenige die Zeit über die Schlafgegewand, die Fenster einzuschlagen und sich in Sicherheit zu bringen.

Die Faschisten „schlagfertig und marschbereit“

Eine Stahlhuttragung in Kiel
(Eig. Ber.) Kiel, 2. Januar. Der Stahlhelm hielt hier eine Tagung ab, an dem der Bruder Wilhelm II., Prinz Heinrich von Preußen, teilnahm. Väterberg sprach über „Ziele und Aufgaben des Stahlhelms“ und führte u. a. aus: „Angehörig des Stahlhelms solle der Stahlhelm eine disziplinierte nationale Masse bilden, die im entscheidenden Moment aufzutreten und mitreden könne.“ Durch Sammlung nationaler Kapitalis wurde er seine politische Selbständigkeit erhalten. Der Stahlhelm lehne es ab, einen Kampf gegen die nationalen Parteien zu führen, weil er wisse, daß seine Mitglieder in jeder von

Die Hüttenarbeiter in Rheinland und Sachsen im Kampf

Ein neuer Schlichtungstuhhandel beginnt

Bösum, 1. Januar. (Eig. Drahtber.) In Ergänzung der Meldungen vom Sonnabend wird mitgeteilt, daß unter dem nachfolgenden Kampfwillen der Massen die D.M.-Führung sich gezwungen sah, die gefassten Beschlüsse auf Verlässe der Betriebe nach 8 Stunden zu billigen.

Die SPD. fordert in Flugblättern alle Metallarbeiter Bösums auf, dem Beispiel der Belegschaften von „Stahlindustrie“ und „Bösumer Verein“ Folge zu leisten und gemeinsam mit ihnen den rücksichtslosen Kampf für den reinen Achtstundentag, den selbstverständlichen Lohnausgleich und die notwendige Lohnerhöhung durchzuführen. Bei den Arbeitern der Deutschen Eis- und Stahlwerke Bösum war die Erregung über das Eingreifen der Unternehmer-Justiz zugunsten der Stahlkönige so groß, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer, die einem Beschluß der Belegschaft auf Verlassen des Betriebes nach acht Stunden vorzukommen wollten, an die Belegschaft einen Aufruf ertließen, nach zehn Stunden Arbeit sowohl in der Tagelicht wie auch in der Nachtlicht den Betrieb zu verlassen. Dem Aufruf ist restlos Folge geleistet worden.

Leipzig, 9. Januar. (Eig. Drahtber.) Infolge des Anwachsens der Bewegung und der Kampfschlossenheit der Metallarbeiter ist die Gewerkschaftsbürokratie endlich gezwungen, einige Maßnahmen zu ergreifen. Am Donnerstag fand eine vom D.M. einberufene Belegschafts-Verammlung des Martinswerts Riesa statt, in der mit glänzender Kampfstimmung der Beschluß gefaßt wurde, keinerlei Sonntagsschichten zu verfahren, sondern mit der ersten Schicht am Montag zu beginnen. Freitag vormittag fand eine Belegschafts-Verammlung der zweiten Schicht statt, in der der gleiche Beschluß einstimmig gefaßt wurde. In den Reparatur-Werkstätten des Vauhsammer-Werkes Riesa, wo noch ein Teil der Belegschaft arbeitete, wurde die restlose Arbeitsniederlegung beschlossen. Die Nachtlicht der Reparatur-Werkstätten beschloß ebenfalls restlos die Arbeit niederzuliegen.

21. Berlin, 7. Januar. — Nachdem das Reichsarbeitsministerium gestern einen Vertreter zur Klärung der technischen Schwierigkeiten

in der Frage des feinerzeitigen Schiedspruches für die Eisenindustrie in das Industriegebiet geschickt hatte, haben heute die Schlichter für Rheinland und Westfalen Verhandlungen aufgenommen, um eine Einigung in allen anderen strittigen Fragen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern herbeizuführen.

21. Dresden, 7. Januar. — Zur Beilegung der Schwierigkeiten in der sächsischen Hüttenindustrie finden heute noch einmal in Meisa Verhandlungen statt, an denen neben Vertretern der beiden Parteien auch ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums teilnimmt.

Die Absicht des Reichsarbeitsministers ist klar: durch verbindliche Schlichtung will er den Kampf abwürgen und die Arbeiter um den Erfolg bringen. Dies wird ihm kaum gelingen, da auf Grund der gemachten Erfahrungen die Arbeiter wissen, daß nur der Kampf ihnen den Achtstundentag bringen kann.

Oberschlesische Hüttenarbeiter, und ihr?

In Rheinland-Westfalen und Sachsen kämpfen die Hüttenarbeiter um Achtstundentag und Lohnerhöhung. Oberschlesische Berufskollegen, auch ihr müßt sofort in den Kampf treten, um den Kampf eurer Brüder zu unterstützen und auch für euch Verbesserungen heranzuzuholen!

Der mitteldeutsche Metallarbeiter aris gefündigt

Halle, 9. Januar. (Eig. Drahtber.) Auf den wachsenden Druck der mitteldeutschen Metallarbeiter hat der D.M. beim Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller die Kündigung der Lohntafeln für die Tarifgebiete Halle, Magdeburg und Anhalt zum 14. Januar ausgesprochen. Für die Bewegung kommen etwa 60 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage.

Vom Tage

Albert Thomas hielt in Bordeaux eine Rede, in der er an der Auffassung Poincarés festhielt, daß eine Räumung der Rheinlande vor 1935 ohne gewisse Garantien undurchführbar sei.

In Berlin wurde ein „Nationalistischer Bund zur Erneuerung des Reiches“ gegründet, dem u. a. außer Mitgliedern der Deutschnationalen und der Volkspartei auch Kozke angehört.

Der deutsche Domherr Klink in Posen hat den deutschen Geistlichen verboten, zu den bewarfehenden polnischen Wahlen zu kandidieren.

Während eines Festes in Priegro de Cordoba (Spanien) wurden von einem Unbekannten Bomben in die Zuschauermenge geworfen, durch die 12 Personen verletzt wurden.

ihnen vertreten seien. Ebenso lehne er die Parole der Wahlenthaltung ab, weil dadurch nur der Sieg der Linken noch erleichtert werden würde. Internationale, marxistische und pazifistische Politiker seien die gefährlichsten Feinde des Stahlhelms. Der Stahlhelm habe die Aufgabe, die nationalen und völkischen Parteien anzuhalten, sich nicht zu zerstreuen, wie das in den letzten Jahren geschehen sei. Eine Besserung werde auf parlamentarischem Wege niemals erreicht werden. Der Stahlhelm mache sich schlagfertig und marschbereit im Glauben an die Jugend.

Im entscheidenden Moment „auftreten und mitreden“, das ist die neueste Umdeutung für die Futichbestrebungen des Stahlhelms, für den der „Moment“ natürlich gegeben ist, sobald die Klassen- und Jugendverhältnisse zur Errichtung der faschistischen Diktatur reif geworden und auf Grund des § 48 der Ausnahmezustand verhängt wird. Die Klassenbewusste Arbeiterschaft wird aus der Lathose, daß der Stahlhelm für sich schlagfertig und marschbereit erkläre, die Lehre ziehen, der Faschistenbund im Betrieb und auf der Straße mit noch größerer Energie entgegenzutreten und alle Kräfte für den Ausbau der SPD. und des K.F.A. einzusetzen.

Die Ortsgruppe, die nicht existiert! Entlarvter Schwindler beim Uebertritt Koter Frontkämpfer zum Stahlhelm

Durch die gesamte schlesische und obererschlesische SPD-Presse machte folgende Notiz die Runde:

„In der Nr. 302 des „Arbeitsblattes und Gemeinlanzeigers“ für den Kreis Oppernowitz“ und des „Bürgerhausener Anzeigers“ finden wir folgende vielgelobte Notiz:

Falawa (Schlesienland), 23. Dezember. Uebertritt des Koter Frontkämpferbundes zum Stahlhelm. Im Lokal des Gastwirts Fallenberg fand vor kurzem die feierliche Verpflichtung der zu dem Stahlhelmbund der Frontkämpfer übergetretenen Ortsgruppe des Koter Frontkämpferbundes durch den Ortsgruppenführer J. Wlassow statt. Mit einem kräftigen Front Heil wurden die neuen Kameraden begrüßt.“

Der Wauß des Kapitän Ehrhardt, der Stahlhelm und dem Koter Frontkämpferbund einander näherzubringen, scheint auf recht sonderbare Weise in Erfüllung zu gehen. Wir gratulieren zu den neuen Bundesgenossen.

Eine nette Geschichte, nicht wahr? Nur hat sie nicht den Vorzug, den Tatsachen zu entsprechen und die Urheber der Verleumdung haben den Schwindler zu plump arrangiert.

In Falawa hat nämlich niemals eine Ortsgruppe des Koter Frontkämpferbundes bestanden, also konnte es kein Uebertritt erfolgen. Die Reihe zu gratulieren ist darum heute an uns. Wir beglückwünschen die SPD-Presse zu ihrer Blamage, die sie mit der aus dem Bürgerhausener Burschelei bezogenen Lüge erlitten hat.

Schwärzige Wäsche im Anhalter Herzogshaus

Die Schwärzler des Herzogs von Anhalt haben bei den Desauer Gerichten ein Entmündigungsverfahren gegen ihren Prin-

der eingeleitet, weil dieser sich geweigert hatte, ihre Renten zu erhöhen. Der Familienkrieg entstand, weil der Herzog eine Erbaupflichter, die Tochter des früheren Pflauner Intendanten, heiratete. Die hochgeborenen Geschwister fürchten, falls die Ehe nicht kinderlos bleibt, für ihre Erbchaft und wollen den Herzog deshalb unzurechnungsfähig erklären lassen. Der ganze Skandal ist eine neue Blüte im Rufmestranze der Fürstenabfindungsstände.

Unerschämtheit der ehemaligen Standesherrn

Die preussische Koalitionsregierung, die durch die Hohenzollern-Abfindung ihre wahrhafte Fürstentreue bewies, hat bisher auch den ehemaligen Standesherrn 90 Prozent ihrer einstigen Renten bezahlt. Diese Renten gehen auf die schlimmsten feudalen Vorrechte, sogar auf Leibeigenschafts- und ähnliche Rechte zurück.

Die Fürsten Salm-Salm, Salm-Horstmar und der Herzog von Arenberg haben nunmehr gegen den preussischen Staat geklagt und Ansprüche auf eine weit über 100-prozentige Aufwertung gestellt. Das Wiesbadenberger Landgericht hat die Aufwertungsfrage für abgelöste Leibeigenschaftsrenten in Höhe von 30 000 Mark vierteljährlich abgewiesen.

Die vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun geführte Preußenregierung hatte diese selbst von einem bürgerlichen Gericht als „unfittlich“ bezeichnete Renten bisher fortlaufend zu 30 Prozent ausbezahlt!

Der neue Sowjetbotschafter für Rom ernannt

21. Rom, 7. Januar. — Nach den neuesten aus Moskau eingetroffenen Nachrichten ist der russische Professor Dito Schmidt zum Sowjet-Botschafter in Rom offiziell ernannt worden.

Weimarer Koalition in Danzig

21. Danzig, 7. Januar. — Die Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten, Zentrum und Liberalen zwecks Bildung einer gemeinsamen Regierung sind heute erfolgreich zu Ende geführt worden. Der Koalitionsvertrag wird am Montag unterzeichnet. Stellvertreter des Senatspräsident wird der sozialistische Parteiführer Gehl werden. Der am 11. Januar zusammentretende Volksstag wird die neuen Senatoren wählen.

Kleine politische Nachrichten

Berschützte Vergleiche. 21. Bückeburg, 8. Januar. Auf dem Schacht Oberlärchen wurden durch herabstürzende Gestein die Knappen Welmann und Gottschall verschüttet. Welmann konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Er gehörte seit sechs Jahren der sozialistischen Fraktion des Schaumburg-Lippeschen Landtages an. Gottschall wurde mit schweren Verletzungen dem Hübderger Krankenhaus zugeführt. Das Unglück ist wahrscheinlich auf das Lauwetter zurückzuführen.

Keine Verzögerung der Polizeistunde in Preußen. 21. Berlin, 8. Januar. Auf eine kommunistische kleine Anfrage hat der preussische Innenminister geantwortet, daß eine Milderung der Polizeistundeneinzelung, über die gegenwärtigen Bestimmungen hinaus, zunächst nicht beabsichtigt sei. Insbesondere schwebten keine Erwägungen, die Polizeistunde völlig aufzuheben.

Vor dem Wahlkampf in Polen. 21. Warschau, 9. Januar. Nachdem bereits seit Wochen in den Lagern aller Parteien fieberhaft an der Aufstellung der Wahllisten zum kommenden Sejm gearbeitet und um die Verteilung dieser Mandate verhandelt wurde, wird nunmehr in den nächsten Tagen der offene Wahlkampf beginnen. Es sind bis jetzt bereits fünf Listen beim Wahlkommissar eingereicht worden, und zwar als erste die Listen der Regierungspartei, die der Sozialisten, der Wyzwolinia, und zweier kleiner jüdischer Spitzpartei.

Schwere Graben-Explosion in Schottland. 21. London, 8. Januar. — In der Glenzang-Kohlengrube in der Nähe von Lochgelly in Schottland ereignete sich gestern eine Gasexplosion, durch die sieben Bergarbeiter verletzt wurden, davon vier schwer.

Im Kampf um die Auflösung der Gutsbezirke!

Die Kommunisten haben eine erzkonservative Landgemeindeordnung verhindert

Durch die Obstruktion der Kommunisten im Preussischen Landtag ist die neue Landgemeindeordnung nicht Gesetz geworden und dieser reaktionäre Wechselbalg in die Volksschlucht geschleudert. Selbst ein Sevringer, damaliger SPD-Innenminister, erklärte schon 1924:

„Weil aus seinen 1921 vorgelegten Entwürfen alle fortschrittlichen Gedanken entfernt wären, lege er auf eine Weiterberatung im neuen Landtage keinen Wert.“

Im neuen Landtage wurde dann unter Führung des erzkonservativ-agrarischen Zentrumsflügels der Gesetzentwurf als Initiativvertrag erneut eingebracht, der nach langwierigen Ausschüßberatungen noch reaktionärer gestaltet wurde.

Nur einige Beispiele zur Charakterisierung:

1. Die Staatsaufsicht, ausgeübt durch eine reaktionäre Bürokratie, bleibt bestehen.
2. Bestehen bleibt das Befähigungsrecht für Gemeindevorsteher und Schöffen.
3. 12jährige Amtszeit für besoldete Gemeindevorsteher.
4. Aberkennung der Mandate oppositioneller Gemeindevorsteher durch Übertragung des Hausrechts an den Gemeindevorsteher, der diese Vertreter gewaltsam aus der Gemeindeverwaltung bis zum Ablauf ihrer Wahlzeit entfernen kann.
5. Zwang für die Gemeinden, ihre Werke, Anstalten und Einrichtungen auf Nebenschulwirtschaft einzustellen.
6. Erschwerte Bedingungen für die Ausnahme von Amteln.
7. Keine Übertragung der Polizeiverwaltung. Diese verbleibt weiter in der Hand reaktionärer Amtsvorsteher.

Die von den Kommunisten im Interesse aller werktätigen Kreise geübte Obstruktion wurde von den Sozialdemokraten im Interesse der Durchsetzung der reaktionären Landgemeindeordnung demagogisch verzerrt mit dem Hinweis: „Die Kommunisten wollen die reaktionären Gutsbezirke weiter bestehen lassen.“ Das ist natürlich Unsinn und nur zur Täuschung der über die Einzelbestimmungen nicht informierten Massen bestimmt.

Nach § 148, Abs. 5 der Weimar-Vorlage (also ausschließlich der Sozialdemokraten) soll von der Auflösung eines Gutsbezirks Abstand genommen werden, wenn seine Vereinigung mit anderen Gemeinden oder seine Zusammenlegung mit anderen Gutsbezirken zu einer neuen Gemeinde nach Lage der Verhältnisse nicht zweckmäßig und seine Umwandlung in eine selbständige Gemeinde nicht tunlich ist, wenn sich ein eigenes Gemeindeleben wegen geringer Einwohnerzahl oder räumlicher Trennung der Wohnstätten nicht entwickeln könne, oder wenn die für die Gesamtheit zu erwartenden Vorteile in keinem angemessenen Verhältnis zu den volkswirtschaftlichen Nachteilen stehen würden.

Reaktionäre Bürokratie und Gutsbesitzer werden einträchtig zusammenarbeiten, um unter Anwendung einer dieser vier Bedingungen die Auflösung der Gutsbezirke zu hintertreiben oder bei dem endlosen Instanzenweg auf den Himmelstag zu verschleppen.

Die kommunistische Landtagsfraktion durchkreuzte nun diese Täuschungsmanöver, den Kommunisten die Schuld an dem Weiterbestand der Gutsbezirke zuzuschreiben, durch eine sofort eingebrachte

Novelle zur Abänderung der bestehenden Landgemeinden (23. Juni 1927 Drucksache Nr. 6907) dessen entscheidenden zwei Paragraphen lauten:

§ 2

1. Die bestehenden selbständigen Gutsbezirke sind aufzulösen.
2. Sie sind entweder mit Landgemeinden oder Stadtgemeinden zu vereinigen oder mit anderen Gutsbezirken zu einer neuen Landgemeinde oder Stadtgemeinde zusammenzulegen oder allein für sich im ganzen oder in Teilen in Landgemeinden oder Stadtgemeinden umzuwandeln.
3. Bei dieser Regelung ist in erster Linie auf die Schaffung leistungsfähiger Gemeinden sowie darauf Rücksicht zu nehmen, daß einheitlich bewirtschafteter Grundbesitz ein und derselben Gemeinde zuglegt wird.
4. Ueber die Art der Auflösung (Abs. 2) beschließt das Staatsministerium. In jedem Kreise ist binnen einer vom Staatsministerium zu bestimmenden Frist durch den Kreis-Ausschuß nach Anhörung der beteiligten Gemeinden und Gutsbesitzer ein Plan aufzustellen. Wird der Plan innerhalb dieser Frist nicht aufgestellt, so entscheidet das Staatsministerium über die Auflösung von Amts wegen.

§ 3

1. Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
2. Mit der Ausführung wird der Minister des Innern beauftragt.
3. Spätestens drei Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes müssen alle Gutsbezirke aufgelöst sein.
4. Der Minister des Innern ist verpflichtet, bis zum 1. Januar 1928 dem Landtage über die auf Grund dieses Gesetzes von ihm durchgeführten Maßnahmen Bericht zu erstatten.

Dieser kommunistische Antrag wurde zwar Ende Juni 1927 dem Gemeindevorsteher des Landtags überwiesen, blieb aber dort infolge des Widerstandes der Parteien der preussischen Koalition, deren Häupte so die Sozialdemokraten sind, monoton und unerlebbig liegen. Erst als am 1. Dezember 1927 für den Weimarloch endgültig feststand,

daß sein reaktionärer Entwurf einer neuen Landgemeindeordnung infolge kommunistischer Obstruktion keine Annahme fand, brachte er am 2. Dezember 1927 den Antrag Nr. 7307 ein, der durch eine Novelle drei Punkte der Landgemeindeordnung abändern wollte,

1. eine geringe Erleichterung bei Durchführung von Eingemeindungen,
2. Wahl von Amtsvertretungen und
3. Auflösung der Gutsbezirke.

Diese Novelle fand mit den Stimmen der Kommunisten dann am 18. Dezember endgültig Annahme und der SPD-Antrag vom 23. Juni 1927 wurde als erledigt erklärt.

Der § 2 des SPD-Antrages ist nunmehr § 11 und die §§ 12 und 13, deren Wortlaut folgt:

§ 11

5. Dabei soll von der Auflösung eines Gutsbezirks Abstand genommen werden, wenn seine Vereinigung mit anderen Gemeinden oder seine Zusammenlegung mit anderen Gutsbezirken zu einer neuen Gemeinde nach Lage der Verhältnisse ausgeschlossen und seine Umwandlung in eine selbständige Gemeinde nicht möglich ist, weil sich ein eigenes Gemeindeleben wegen geringer Einwohnerzahl oder räumlicher Trennung der Wohnstätten nicht entwickeln kann.

§ 12

1. Ueber die infolge dieser Regelung notwendig werdenden Auseinandersetzungen zwischen den beteiligten Gemeinden und Gutsbesitzern beschließt die Beschlußbehörde.

2. Bei der Auseinandersetzung können Grundstücke, Gerechtigkeiten, Anlagen und Einrichtungen, die im Privateigentum des Gutsbesitzers stehen, aber dem Gemeingebrauch dienen, der Gemeinde übereignet werden.

3. Bei der Auseinandersetzung ist die Mehr- oder Minderbelastung, die der Gutsbesitzer infolge der Auflösung des Gutsbezirks im ganzen erfährt, in billiger Weise zu berücksichtigen. Die Ueberweisung (Abs. 2) ist nur gegen vollständige Entschädigung zulässig. Wegen der Höhe der Entschädigung steht den Beteiligten gegen den endgültigen Beschluß der Beschlußbehörde binnen einem Monat die Klage im ordentlichen Rechtswege zu.

4. Die Beschlußbehörde ist befugt, Unschädlichkeitsatteste gemäß Artikel 20 des Ausführungsgesetzes zur Grundbuchordnung vom 26. September 1899 auszustellen.

§ 13

Bis zur Auflösung des einzelnen Gutsbezirks gilt folgendes:

1. Auf die Gutsbezirke finden die für Landgemeinden geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung, soweit sie nicht das Bestehen einer Gemeindevertretung (Gemeindeversammlung) zur Voraussetzung haben.
2. Für den Bereich eines selbständigen Gutsbezirks ist der Besitzer des Gutes Träger der öffentlich-rechtlichen Rechte und Pflichten, deren Träger für den

Bereich eines Gemeindebezirks die Gemeinde ist, mit den hinsichtlich einzelner dieser Rechte und Pflichten aus den Gesetzen folgenden Ausnahmen.

3. Die obrigkeitlichen Geschäfte löst für den Gutsbezirk der Gutsvorsteher aus.
4. Der Gutsvorsteher wird vom Kreis-Ausschuß bestellt. Der Kreis-Ausschuß kann als solchen entweder eine im Gutsbezirk wohnende geeignete Persönlichkeit oder, wenn eine solche nicht vorhanden ist, einen benachbarten Gemeindevorsteher oder eine andere geeignete Persönlichkeit bestellen. Für einzelne Teile des Gutsbezirks können besondere Gutsvorsteher bestellt werden.
5. Der Gutsbesitzer hat dem Gutsvorsteher auf Antrag eine angemessene Vergütung für die Beforgung der obrigkeitlichen Geschäfte zu zahlen. Ueber die Vergütung beschließt im Streitfalle der Kreis-Ausschuß endgültig.

Die von der SPD. beantragte Dreimonatsfrist für die Auflösung der Gutsbezirke im Gesetze festzusetzen, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Es wurde dafür als Ersatz folgende Regierungserklärung durch den Vertreter des Innenministers, Ministerialdirektor von Seyden in der Landtagssitzung vom 13. Dezember 1927 abgegeben:

„Herr Abg. von Mirbach hat zitteren wollen, was ich in der Ausschußverhandlung hinsichtlich des Zeitraums gesagt habe, in der die Auflösung der Gutsbezirke möglich sein werde. Er hat aber meine Ausführungen nicht vollständig wiedergegeben. Ich habe zunächst darauf hingewiesen, daß der kommunistische Antrag, vorzuschreiben, daß die Auflösung innerhalb dreier Monate durchgeführt sein müsse, praktisch ja keinen Zweck habe, weil, wenn der eine oder andere Fall innerhalb dieser Zeit nicht zur Erledigung komme, das Gesetz lauten möge, wie es wolle und doch an der Tatsache nichts ändern könne, daß einzelne Gutsbezirke nicht aufgelöst sein würden. Im Anschluß daran aber habe ich gesagt, daß ich allerdings der Ansicht sei, daß die Mehrzahl der Fälle in etwa derselben Zeit, an die der kommunistische Antrag denke, erledigt sein könnten. An dieser Auffassung halte ich auch jetzt fest. Denn ich kann mir nicht vorstellen, daß in einem Preise, dessen Landrat die Verhältnisse im Lande kennt und in dem der Kreis-Ausschuß Bescheid weiß, die Eile eiliger dazu, wie die Auflösung der Gutsbezirke in diesem Kreise vorgenommen werden sollte, länger als drei Monate dauern wird. Ich glaube daher, daß die große Zahl der Fälle tatsächlich in dieser Zeit wird erledigt werden können.“

Wir schenken diesen Worten der verkäpten Bürgerblockregierung Braun-Grzesinski in Preußen auf eine beschränkte Auflösung der Gutsbezirke keinen Glauben und erwarten diese von der verstärkten Energie der Arbeiter und Kleinbauern.

Brecht die Sabotage der Junter

Das Notgesetz zur Auflösung der Gutsbezirke enthält keinesfalls eine Bestimmung, wie das die SPD-Führer glauben machen wollen, daß fortan allen Arbeitern der 12.900 preussischen Gutsgemeinden die kommunale Selbstverwaltung und damit das kommunale Wahlrecht gegeben wird. Der Staatsschutzparagraph 11, Abs. 5 läßt für die bisherige mittelalterliche Selbstherrschaft der Junter Tür und Tor offen. Er heißt:

„Dabei soll von der Auflösung eines Gutsbezirks Abstand genommen werden, wenn seine Vereinigung mit anderen Gemeinden oder seine Zusammenlegung mit anderen Gutsbezirken zu einer neuen Gemeinde nach Lage der Verhältnisse ausgeschlossen und seine Umwandlung in eine selbständige Gemeinde nicht möglich ist, weil sich ein eigenes Gemeindeleben wegen geringer Einwohnerzahl oder räumlicher Trennung der Wohnstätten nicht entwickeln kann.“

Darauf gestützt, führen die Junter bereits jetzt eine großartige Sabotageaktion zur Verhinderung bezw. Einschränkung des beschlossenen Gesetzes durch. Mit zusammengeschlossenen und gemeinsamen Kräften muß sich unverzüglich die gesamte werktätige Bevölkerung gegen diese JunterSabotage zur Wehr setzen. Der Umfang und schließlich die restlose Auflösung der Gutsbezirke wird nicht zuletzt

durch das energische Eingreifen der Gutsarbeiter und der werktätigen Bevölkerung in den anliegenden Landgemeinden bestimmt.

Deshalb ist das unabdingbare Zusammengehen der gesamten Dorfarmut, der Sandarbeiter, Handwerker, Kleinbauern und Gewerbetreibenden notwendig. So gemeinsam ihr Interesse an der Auflösung der Gutsbezirke ist, haben sie zunächst gemeinsam dafür zu sorgen, daß die Entscheidung darüber aus den unruhigen Amtsstuben heraus vor die werktätige Dorf- und Gutsbevölkerung getragen wird. Zu diesem Zwecke werden unverzüglich in allen in Frage kommenden Gebieten allgemeine Guts- und Dorfbesammlungen stattfinden müssen. Hier werden ausführlich die Fragen der Schaffung selbständiger leistungsfähiger Gemeinden, die Fragen des tunlichen Anschlusses oder Nichtanschlusses an andere Gemeinden, die Frage welche Ge-

meinde für den etwaigen Anschluß in Frage kommt usw. eingehend besprochen werden müssen. Dabei werden die gegebenen örtlichen Verhältnisse, die Verkehrsfrage, die Finanzkraft in den Gemeinden und die vorhandenen wirtschaftlichen Verhältnisse entscheidend sein müssen. Alles das darf die werktätige Bevölkerung unter keinen Umständen den reaktionären Landräten und Gutsbesitzern überlassen. Nur die Interessen der werktätigen Massen dürfen maßgebend sein.

Die Guts- bzw. Dorfbesammlungen werden einen ihrer Meinung entsprechenden Plan für die künftige Verwaltung der Gutsbezirke aufstellen und sie den Behörden zu unterbreiten haben.

Wir sind davon überzeugt, daß die Behörden versuchen werden, die Stimme der werktätigen Bevölkerung zu „überhören“. Darum wird das arbeitende Volk hinter ihre Meinung den notwendigen Druck legen müssen durch entsprechende Anträge und Resolutionen, die von möglichst allen Werktätigen unterschrieben werden. Sie werden diesen Druck selbst durch Abstimmungen der gesamten in Frage kommenden Dorf- bzw. Gutsbevölkerung verstärken müssen. Darüber hinaus muß die Frage der Auflösung der Gutsbezirke in allen in Frage kommenden Gemeindeparlamenten und Kreistagen

behandelt werden. Auch hier müssen die Vertreter der werktätigen Bevölkerung in einer gemeinsamen Kampffront gegen die Junter antreten. Wie die Kommunisten im preussischen Landtage als einzige Partei stellen und bestimmt den Kampf um die Auflösung der Gutsbezirke geführt hatten, werden das unsere Genossen in den Kreis- und Gemeindeversammlungen wie unter der werktätigen Bevölkerung selbst fortsetzen. Darum erwachen unserer Partei im ganzen Lande gewaltige Aufgaben, die nur mit Hilfe aller Parteigenossen im Interesse der werktätigen Bevölkerung durchgeführt werden können.

Darüber hinaus müssen die freigezwecklichen Organisationen, insbesondere der Deutsche Sandarbeiterverband, sowie die Kleinbauern Verbände ihre Kraft für die restlose Durchführung der Auflösung der Gutsbezirke einsetzen.

Weg mit den mittelalterlichen Gutsbezirken!

Trinkt Engelhardt-Biere, Qualität unübertroffen

10118

Süden

Bäckerei u. Konditorei N. Richter Nachodstraße 19

Ronstieren, Kaffee, Tee Kauf. Sie billig bei G. Kalun

K. Haubtschild Billigste Leinwandwaren Gräbschener Straße Nr. 59

Richard Wirsch, Verkehrslokal der Arbeiter Kohrauser Straße 13

Gaststätte „Roter Hirsch“ Bohrauser Straße 43

Mehl, Getreide und Futtermittel Niederlage Clarenmühle 2

Prima Ochsenfleisch zollfrei Heinrich Bock Habenstraße 97

Feine Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt Georg Onitz

Haus- u. Küchengeräte, Eisenwaren, Werkzeuge

Kolonialwaren, Weine, Zigarren Max Naewe

Kolonial- und Rauchfischwaren Hans Handke

Kolonialwaren und Delikatessen Ernst Weid

Geschäftskontorium Inhaber: E. Sauer

Trinkt „Ritter-Creme“ Gabelstraße 56

Kaufhaus Salz Neudorfstraße 76

Witz Klein, Uhrmacher Gabelstraße 82

Markthalle Gartenstraße

Erdmann Witschel Stand 280/281

Ernst Troke Feine - Rauchfischwaren

Karl Kranz Galerie 331/352

Leo Rotocinski Stand 184 und 185

Strehlen

Schuhwaren Schuhhaus M. Krawitz

Verkehrslokal Schwarzer Adler

Blücher-Lichtspiele Beste und billigste

Berbert Rother, Weidenstraße 49

Friedrich Bismack, Breslauer Str. 24/26

Stadl, Buchwaren Tr. Pätzsch

Verkehrslokal „Stadt Breslau“

Zentrum

Nusten und Heiserkeit Hustenheller „Merco“

Möbelfabrik Max Schreiter Wohnungs-Einrichtungen

Herold-Kaufmannschaft C. Heymann

Kaufhaus für Bekleidung S. Blasse

Brauerei und Ausschank „Zum großen Meerschiff“

Gold auf Pfänder - Leihhaus Vogel

Leppich- und Einleumhaus Fritz Rau

Zigarren, Zigaretten, Tabake

Otto Maehle, Metallschmiedemstr.

Offenstufwerk Metallwaren

Heinrich Nischke Likörfabrik

Friedr. Götner, Weidenstraße 20

Leihhaus Petschel

Funk-Haus Größtes Radio-Spezialgeschäft

Gaststätte Alexander Witt

W. Neuser - Lederhandlung

Wo kauft man feine Lederohlen? Bei Gutsche

„Man trink' mir Speiß' & Brot“

Kreischmerl zur goldenen Marie

Modehaus Tichauer Kleider- und Mäntel-Fabrik

Tassilo Krienke Zigarren-Spezialhaus

Roffer, Damen-Handtaschen

Nord-Ost Brot, Weiß- und Gebäckerei

Ostern

Speise-Eis Müller

Lebensmittelhaus Rieger & Beyer

Molkerei-Produkte

Oskar Schmidt, Kolonialwaren

P. Radolph, Kolonialwaren

Paul Scholz / Holz und Kohlen

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Bäckerei und Konditorei Josef Schnabel

C. Hornig, Kohlen-Vertrieb

Das Richtige in Milch, Butter, Eier, Käse

Milch, Butter, Eier, Käse Elisabeth Höflich

Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Hedolph Jacobson, Kleiderfabrik

Bäckerei, Konditorei Max Neumann

Funk-Schau Ost

Zigarren-Haus Herbert Klase

Angenehmes Familienlokal Jahn Lippert

Kolonialwaren Delikatessen

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Lebensmittel-Ersparnisse

Karl Fischer / Tautenzienstraße

Feine Fleisch- und Wurstwaren Paul Schäfer

Lebensmittel-Ersparnisse H. Schneider

Zigarren, Zigaretten, Tabak

Ent u. billig Kauf. Sie sämtl. Bekleidungsartikel

Erk Christophs, Kohlen

Beachtet beim Einkauf unsere Lieferanten

Paul Scholz :: Kolonialwaren

Hygiene-Drogerie

Kolonialwaren, Weine, Spirituosen

Carlowitz

Kolonialwaren * Lebensmittel Paul Sanner

Hundsfeld Kolonialwaren

Klein-Tschansch

Scheleske & Sohn, Dam-Molkerei

Ohlau

E. Richter Likörfabrik

Ferd. Berdmann, Oderstr. 30

Kolonialwaren Wilhelm Polcke

Max Wutke feinste Fleisch- und Wurstwaren

Gasthaus zur RFB. und Partikelokal

Paul Schmidt, Oelzerweg 3

Karl Kreuzer Söhne

Carl Roddeutscher

Christan Moch, Bäcker

Kaufhaus Riefenfeld

Fahrräder, Nähmaschinen

Herrenbekleidung & Schuhe

Rottkorn u. Landsberger

Kurz-, Weiss-, Wollwaren

Georg Jackel, Ring 19

Brieg Damenkonfektion

Erich Werner Kolonialwaren

Fleisch- und Wurstwaren

Deutsch-Lissa

Karl Opitz Kolonialwaren

Robert Bodeberg

Kurz-, Weiss-, Wollwaren

Richard Adler

Richard Scholz

Kolonialwaren

Kolonialwaren, Lebensmittel

Kolonialwaren, Lebensmittel

Kolonialwaren, Lebensmittel

Kolonialwaren, Lebensmittel

Kolonialwaren, Lebensmittel

Kolonialwaren, Lebensmittel

Kolonialwaren, Lebensmittel

Kolonialwaren, Lebensmittel

Kolonialwaren, Lebensmittel

Kolonialwaren, Lebensmittel

Kolonialwaren, Lebensmittel

Wassermilch wird überall bevorzugt

Sozialdemokratie und Arbeitersport in Oesterreich

Vor Jahresfrist nahm der Linzer Parteitag der Oesterreichischen Sozialdemokratie einen Beschluß an dahingehend, daß Sozialdemokraten aus den bürgerlichen Sportvereinen auszutreten und den Arbeitersportvereinen beizutreten haben.

„Aber mit der Durchführung dieses Beschlusses hapert es stark. Schon nach dem Linzer Parteitag erschien bekanntlich eine Deputation eines großen bürgerlichen Floridsdorfer Fußballvereins beim Bürgermeister Selz, um ihn zu fragen, ob es denn gar so streng genommen wird, daß alle Sozialdemokraten aus dem Verein austreten müssen.“

„Über noch besser macht es der sozialdemokratische Bezirksvorsitzer von Simmering, Pantuschek. Auf der letzten Konferenz des Klubs erzählte der Sozialdemokrat Thein vom Arbeiter-Athletenbund über diesen Bezirksvorsitzer, daß er „lediglich die Gegner der Arbeitersportorganisationen fördert.“

„Über der Pantuschek ist vielleicht ein Einzelfall? Man könnte dieser Ansicht sein, wenn nicht in der Klub-Konferenz zu dieser Frage auch Dr. Julius Deutsch gesprochen hätte. Feldmann vom Klub beantragte dort, am Parteitag möge ein Antrag eingebracht werden, in dem erklärt wird, daß jeder aus der Partei ausgeschlossen wird, der bei den Bürgerlichen tätig ist.“

„Wir könnten höchstens eine Verschlechterung der Bestimmungen erleben.“ Und tatsächlich ist am Parteitag über diese Frage nicht gesprochen worden. Rüdiger sprach nur darüber, daß die Gemeinben die Arbeitersportvereine mehr unterstützen sollen.“

„Bis jetzt hat man in der Bundespresse des A.S.B. noch nichts davon gehört. Gellert, Kreuzburg und Genossen sind ja auch andere Aufgaben von der II. Internationale gestellt. In Oesterreich heißt die Forderung des Bundeskanzlers Seipel: Sozialdemokraten, grenzt euch nach links ab.“

„In Deutschland ist es für die Sozialdemokratie schon schwieriger. Die Kommunisten und Sympathisierenden sind in der Arbeitersportbewegung viel stärker verankert. Dazu kommt noch, daß auch viele sozialdemokratische Sportler an dem Klassencharakter in der Arbeitersportbewegung festhalten wollen und gegen den Spaltungskurs in der Arbeitersportbewegung eintreten.“

Die Deutschen in „Samt und Seide“ zur Olympia

Die deutschen Turn- und Sportverbände sind mit ihrem Reichsausschuß für Leibesübungen — der für Deutschland das Olympische Komitee ist — recht unzufrieden. Das liebe Geld für die Olympiavorbereitungen ist bei weitem nicht in dem Maße eingegangen, wie erhofft wurde.

„Wenn man heispielweise vorhat, unsere Olympiakämpfer in Eisenbahnabteilungen dritter Klasse nach Amsterdam zu befördern, so ist das ein Sparen am verkehrten Orte. Lieber ein halbes Duzend Teilnehmer in jeder Sportart weniger mitnehmen, dann sind die Mehrkosten heraus.“

„Daß die Herren Sportführer und einige Duzend Sportkanonen und die Sproßlinge in „Samt und Seide“ gehen, ist keine Seltenheit. Daß sie es offen aussprechen, kommt allerdings seltener vor.“

Die Winter-Spartakiade in Norwegen

Der norwegische Arbeitersportverband berichtet über eifrige Vorbereitungsarbeiten zur internationalen Winter-Spartakiade, die am 17. Februar 1928 in Oslo eröffnet wird.

700 Kilometer auf Schneeschuhen

Vor einigen Tagen starteten drei Moskauer Postkione zu einem Skilaufl über die ungeheure Strecke Leningrad-Moskau. — Die Veranlassung zu diesem Lauf gab das Volkskommissariat für das Postwesen, das die Postbestellung für entlegene Orte auf Schneeschuhen erproben will.



verhand bei der Durchführung der Spartakiade materiell zu unterstützen. Die Versuche der bürgerlichen Sportorganisationen, unter der Arbeiterschaft Sammlungen für die bürgerliche Olympiade einzuleiten, sind gescheitert.

Kleine Chronik

Die Leningrader Gewerkschaften veranstalten eine „Körperkultur-Woche“, die am 21. Dezember 1927 begonnen hat.

Ende Dezember begann die Jungpionier-Organisation Wajleostrowski in Leningrad ein großes Schachturnier für Jungpioniere, an dem sich 400 Jungpioniere beteiligten.

In Moskau fand eine Konferenz der Körperkultur treibenden Metallarbeiter statt, der 262 Delegierte beiwohnten. Auch hat eine Konferenz der Körperkultur treibenden Eisenbahner stattgefunden.

In den nächsten Tagen wird ein Stern-Ski-Wettlauf mit Moskau als Mittelpunkt veranstaltet. An dem Wettlauf werden sich über 2000 Sportler beteiligen.

In Bogorodsk (Gouvernement Moskau) hat eine Konferenz der Körperkultur treibenden Textilarbeiter stattgefunden, der 100 Delegierte beiwohnten.

Das größte Stadion der Sowjetunion wird das des „Dynamo“ (in Moskau) sein. Es wird 50 000 Zuschauer fassen.

Transtafeln entfiel zur 2. Prager Spartakiade eine Sportdelegation aus 20 Mitgliedern.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund im Jahre 1927. Die „Freie Sportwoche“ vom 28. 12. 1927 hält die Entwicklung des Bundes für „unbefriedigend“.

Trotz Arbeitgeberhilfe Misserfolg. In einer großen zweiten Kundgebung des bürgerlichen „Stadtverbandes für Leibesübungen“ in Böhmen, in dem über 80 Vereine mit rund 10 000 Mitgliedern vereinigt sind, waren ganze 450 Teilnehmer erschienen.

Sportpolitische Rundschau. Die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege teilt mit, daß die „D.A.S.“ (Deutsche Arbeiter-Sport-Zeitung) mit der Nummer vom 1. 12. nicht mehr erscheint.

Notizen

Turnersparte 1. Bezirk. Nächsten Sonntag 9 Uhr Vorturnerstunde in Breslau, Liegnitzer Straße (obere Turnhalle), für Männer- und Kinderturnen.

Arbeiter-Abfahrter-Verein. Kennfahrer. Mittwoch 20 Uhr Versammlung. Lokal: Böhme, Lorenzstraße, Ecke Zahnstraße.

Sportvereinigung Nordost 03. Mittwoch 20 Uhr Vorstandssitzung bei Joublik. Alle Vorstandsmitglieder und Hallenleiter bestimmen erscheinen.

Handball-Serienpiele 15. Januar. Männer-G-Klasse. 9,00 Uhr: 6. Abt. — Nordost, Tschansch, Schönfeld C. — Gasse.

6. Abt. — Nordost, Tschansch, Schönfeld C. — Gasse. 10,10 Uhr: 2. Abt. — Poseidon, Tschansch, Gasse — Richter.

15,00 Uhr: 7. Abt. — 4. Abt., Eichenpark, Basler — Bassalig. 10,00 Uhr: Hochbern — Reulrich, u. S. L. Platz, Kaluga-Peschel.

Jugend-B-Klasse. 10,00 Uhr: 5. Abt. 2. Jgd. — 2. Abt. 2. Jgd., Dsmik, Frisch A. und Krenschin.

Schmiedeberg. Jahresversammlung. Am 4. 1. fand die Jahresversammlung des Arbeiter-Turn- und Sportvereins statt.

Der Vorsitzende führte die im letzten Quartal neu eingetretenen Mitglieder in der üblichen Form ein. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Monatsversammlung gab der Kassierer den Kassensbericht, aus dem ersichtlich war, daß speziell die aktiven Bundesgenossen(innen) bestrebt waren, den Verein durch Veranstaltungen finanziell und agitatorisch aufbauen zu helfen.

Die Gewerkschaften haben beschlossen, den Arbeiter-Sport-

aus denen herborging, daß noch viel zu tun übrig bleibt, woran ja schließlich die wirtschaftliche Bereicherung der Arbeiterschaft schuld ist; ein Grund für die Arbeitersportler, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombrowski; für „Betrieb und Werkstatt“ und „Hindenburg“ Wilhelm Reichard; für „Breslau“, „Wetzlich“ und die übrigen Beilagen Alfred Thomas; sämtlich in Breslau. — Für den ober-schlesischen Teil Fritz Sendorff, Wbd., Gleiwitz. Für Inzerate W. Gerber, Breslau.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater. Von Sonntag, den 8. 1. bis Sonnabend, den 14. 1. täglich 20 Uhr. Fünf von der Jazzband.

Thalia-Theater. Von Sonntag, 8. 1., bis Sonnab., 14. 1. tägl. 20 Uhr. „Zinsen“

Stadttheater Breslau (Opernhaus)

Spielplan vom 9. bis 15. Januar 1928. Montag, 20 Uhr. Der fliegende Holländer. Dienstag, 20 Uhr. Abonnements-Vorstellung Serie F 10. Der Liebestrank.

Schauspielhaus

Operettenbühne. Tel. Stephan 36300. Täglich 20 Uhr.

Eine Frau von Sormat.

Ein Opfer der Rentenquetsche!

Am Mittwoch, d. 4. d. Mts., mittags 1 Uhr, starb mein guter Mann, unser treuherzigster Vater, der Bauarbeiter

Karl Scholz

an d. Folgen einer Bruchoperation und eines Schlaganfalles. Auf dem Sterbelager erhielt er die Nachricht, daß sein Rentengeschäft abhän-

Die Trauernden Hinterbliebenen.

Nähmaschinen

Für Klopp, Adler, Singer und Singer für Haus u. Gewerbe. Fahrräder, Euerhardbarate und Platten, Zorbeds, Fahrrad-Campes, rein Messing 4.90.

Georg Greulich. Vaden: Nummerel 52. Werkstatt: Nr. 20.

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Woitkowiak. Breslau, Viktoriastr. 118-20.

Beuthen

Granier-, Dauerbrand- und Kachel-Ofen

nur bewährte Systeme durch Großverkauf billigste Preise. Koppel & Taterka. Beuthen OS. Hindenburg OS. Piekärer Straße 23. Kronprinzenstr. 127. Telefon 2048/2049. Telefon 3190.

Oberschlesien

Das „Vollblatt“ als Schuttblatdeplatz

Vor einigen Monaten veröffentlichte das Organ des Volkspräsidenten Red einige Notizen, die der Redaktion von sogenannten Mitgliedern der SPD. übermittelt sein sollten. Es ist ja nichts Neues, daß die SPD-Presse alle Schwindelmeldungen, sowohl über die Sowjetunion als auch über die SPD., veröffentlicht. In den Notizen wurde dann auch gesagt was das Zeug hielt, und die SPD. sowie auch der KPD. als dem Lobe geweiht erklärt. Nun, die SPD. und der KPD. gebelzen sehr gut, trotz der Prophezeiungen des „Vollblattes“.

Kuerdings tritt das SPD.-Blatt als Fürsprecherin für die aus der SPD. ausgeschlossenen auf. Ein welterschütternder Vorfall muß natürlich in den Spalten des Vollblattes Aufnahme finden. Man höre und staune! Brylla und Smolla führten im Parteibüro ein Gespräch. Smolla bringt seine Enttötung zum Ausdruck, daß einige unerantwortliche Elemente der Parteioberleitung eine Zeitung flauen und spricht weiter die Erwartung aus, daß durch die Schließung der Partei die Zeitung wieder in den Besitz der Partei gelangen wird. Nun, auch wir sind überzeugt, daß die konterrevolutionären Elemente, die durch die vorwärtsdrängende revolutionäre Bewegung abgeschwemmt sind, landen werden entweder bei der offenen Konterrevolution oder bei der SPD. Die christlichen Proleten dagegen werden den Weg zu der einzigen proletarischen Partei zurückfinden. Die Veröffentlichung des Gesprächs kann natürlich in keiner Weise die Entwicklung unserer Partei hemmen, zeigt aber andererseits die Dummheit und Niederträchtigkeit des Berichterstatters. Herr Brylla, der schon einmal aus der Partei ausgeschlossen war, und nur deshalb unter Überfennung der Berechtigung, Funktionen zu bekleiden, aufgenommen wurde, weil er erklärte, einzusehen, parteischließend gehandelt zu haben, entlarvt sich als das, was er im Grunde seines Herzens immer gewesen ist, ein Uebelthäter, ein korrupter Geselle, der die Organisation zur persönlichen Bereicherung ausgenutzt hat. Noch in den letzten Monaten versuchte dieser Verräter, die Partei zu bewegen, ihn in seinen Bauplänen zu unterstützen, was ihm natürlich nicht gelang. Solange Brylla in der Partei war, hatte er nie einen oppositionellen Standpunkt in politischen Fragen vertreten, heute, als ihn die Partei abgestoßen hat, kommt es ihm plötzlich zum Bewußtsein, daß er zur Massenopposition gehört. Wir beglückwünschen die Opposition zu diesem Zuwachs und sind gern bereit, noch einige solcher Gesellen namhaft zu machen, damit sie in der Massenopposition Aufnahme finden.

Alle korrupten und unehrlichen Elemente, die durch die Parteiarbeit entlarvt und insgeheim aus der Partei ausgeschlossen wurden, entdecken heute ihr „oppositionelles“ Herz. Jeder christliche Arbeiter wird natürlich sich für Gemeinschaft mit solchen Verrätern befehen bedanken. Die Gemeinschaft des „Vollblattes“ mit diesen „Massenlampiern“ charakterisiert dieses Blatt zur Genüge.

Gleiwitz

Radiokrieg gegen Polen.

Die Stärkung des polnischen Senders, durch die eine Störung des Empfanges vom Gleiwitzer Sender eintrat, hat nach erfolglosen Verhandlungen zu einem regelrechten Krieg geführt. Nachdem eine Einigung mit dem polnischen Rundfunk im Sinne einer Herabsetzung der Sendeleistung in Katowitz nicht erzielt werden konnte, wurde nun auch der Gleiwitzer Sender auf 9 Kilowatt verstärkt. Damit soll natürlich nicht der Empfang der deutschen Sendungen verbessert, sondern als Gegenmaßnahme der Empfang von Katowitz gestört werden.

* **Mitteleidung.** Wieder die verwechelte Flasche. Eine Arbeiterfrau trank, um ihre Zahnschmerzen zu betäuben, aus einer Flasche angeblich Kummel. In Wirklichkeit hatte sie aber eine Flasche mit Moniumlösung erwischt. Man hofft jedoch, die Schmerzmittel am Leben zu erhalten.

Oppeln

„Tatütat!“ Seinerzeit beschäftigten wir uns mit der Einrichtung der neuen Handelskammer, wo unter anderem auch die Wohnung des Syndikus dieser Kammer durch uns wie auch durch unsere Stabsordnungssektion im Stadiparlament einer Kritik unterzogen wurde. Die Herren der Handelskammer bzw. deren Stellvertreter im Stadiparlament, der Fernationale Generaldirektor Hoffmann, behaupteten freiz und feht, das ginge uns und die Öffentlichkeit nichts an.

an. Die Wähler, die dieser Vertreter der Großindustrie durch unsere Fraktion erhielt, brachte ihn zum Dauersitzverweilen, denn „Tatütat“, für unser Geld, d. h. besonders für den aus den Industrie-proleten herausgedrückten Mehrwert waren diese Herrschaften erst in der Lage, einen solchen Palast aufzustellen. Nun will der kleine Gemeindegroß, die Handelskammer, auch nicht nachsehen. Was der große Bruder kann, das kann ich auch, dachte sich der Herr Präsident und ehrsame Schuhmachermehrer Czoch und baute sich einen ähnlichen Palast — „Tatütat!“ — auf. Herr Czoch bedachte aber nicht, daß der Handelskammer keine Industriellen, sondern in ihrer Mehrzahl kleine Angstkräuter angehören, die heute noch nicht wissen, wo sie morgen die notwendigen Mittel für ihren „Betrieb“ herbeschaffen bzw. das Finanzamt bestreiden können. Die Unzufriedenheit der kleinen Handwerker kann man daher auch verstehen, erwarteten diese doch einen kleinen, die Ansprüche der Kammer gerade befriedigenden Bau, und nicht einen solchen Palast, dessen Verzinsung jeder noch in später Zukunft spüren wird. Daß auch die „rechte Hand“ des Präsidenten, Herr Syndikus Orleger, trotz der Not der von ihm „betreuten“ Handwerker sehr anspruchsvoll sein kann, beweist uns besonders, daß er 1. in diesem Hause zwölf Zimmer sein eigen nennt, 2. sich Tapeten aus Breslau für diese Zimmer kommen ließ, weil wahrscheinlich f. G. die ober-schlesischen Handwerker gut zum Zahlen der Kammerbeiträge sind, aber nicht zur Beschaffung seiner Einrichtungsgegenstände, 3. extra eine auswärtsige Kunstmalerin auf mehrere Wochen beordert wurde, weil auch hier die Kasse unserer brüderlichen Handwerker vom Binselsack nicht seinen Ansprüchen genügt. Tatütat! Den kleinen Handwerkern aber graut vor der Rechnung über die zukünftigen Kammerbeiträge. Uns auch!

Eine noble Firma. Dieser Tage stand in der Illika-Zeitung eine Anzeige, in der nach auswärts ein Buchhalter und eine Dame für Schreibmaschine und Kurzschrift (Anfängerin) gesucht wurden. Von dem Bewerber um die Buchhalterstelle wurde eine Kaution im Betrag von 1000 Mark verlangt, während man der Stenotypistin kein Gehalt, sondern nur ein kleines Taschengeld bot. Die Kerle sind richtig. Wenn ein stellungloser Angestellter glaubt, nur endlich einmal unterkommen zu können, verlangt man von ihm, der keinen Pfennig besitzt und Geld verdienen will, er soll 1000 Mark zahlen. Für einen einfachen Buchhalterposten eine Kaution zu stellen, und noch dazu in dieser Höhe, ist allerdings. Man will wohl durch diese Maßnahmen indirekt die Firma finanzieren? Für Schreibmaschine und Kurzschrift suchte man, wie gesagt, eine Anfängerin. Es ist eine bekannte Tatsache, daß sehr viele Firmen Anfängerinnen suchen, nicht um dieselben in die Praxis kommen zu lassen, sondern zu dem Zweck, niedrige Gehälter zu zahlen, und trotzdem fast die gleichen Leistungen wie bei anderen Kräften zu erzielen. In diesem Falle wollte man nicht einmal das kleine Anfangsgeld zahlen, sondern bot mit großer Frechheit ein Taschengeld. Die selten noble Firma hat natürlich die Adresse nicht genannt, sondern die Anzeige unter Chiffre aufgegeben. So kann man leider nicht erfahren, wo diese großzügigen Leute sitzen. Daß aber das Zentrumsblatt solche Stellenangebote in seine Zeitung aufnimmt, ist bezeichnend. Wie der redaktionelle Teil nur gegen die Arbeiter eingestellt ist, ist es natürlich auch im Inseratenteil. Geld wird durch beide Teile verdient, und das ist bei der bürgerlichen Presse die Hauptsache.

Die Einwohnerzahl Oppelns am 1. Januar 1928. Am 1. Januar zählte Oppeln 43 762 Einwohner, und zwar 20 561 männliche und 23 201 weibliche. Davon waren 34 473 katholisch, 8331 evangelisch, 512 jüdisch und 216 andersgläubig. Am 1. Dezember waren hier wohnhaft 20 523 männliche und 23 183 weibliche. Katholisch waren 34 432, evangelisch 8346, jüdisch 511 und andersgläubig 216.

Ost-Oberschlesien

Rein Achtsundentag in der Hüttenindustrie

Die SPA. meldet: „Neber die Einführung des Achtsundentages in der ost-schlesischen Hüttenindustrie ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Jedemfalls wird der Achtsundentag ab 1. Januar 1928 noch nicht generell durchgeführt werden können, wie von einem Vertreter des Reichsbauer Arbeitsministers bei einem Empfang von Gewerkschaftsvertretern kurz vor den Feiertagen erklärt wurde. Vermutlich wird der Achtsundentag auf dem Verhandlungswege zunächst nur für einige Arbeiterkategorien bei den Metallhütten sowie für den Betrieb der Stahlwerke, Bergwerke, Eisen- und Stahlwerke eingeführt werden.“

Die „Ruhe und Ordnung“ wurde auf diese Art wiederhergestellt. Für wie lange noch? Eintr wird doch die Stunde der Befreiung schlagen.

Der Aufseher

Von Paul Körner.

Der lange Peterjen, ein Schwede, hatte am meisten darunter zu leiden, daß er vom „Schinder“ getreten, geschlagen oder gefoltert wurde. Auf Karren wurde die Leinwand auf schmalen Brettern aus der Grube geholt. Dann ging es auf einer eben solchen schmalen Rampen hinauf zur Rastmühle. Ein großer Krücker verschlang die Leinwand. Eine riesige Schnecke, gleich der eines Fleckschwammes, quetschte die Masse, mit Wasser vermischt, in die Tasse, wo der schleimige Brei zu Hieselsteinen oder Dachziegeln geformt wurde.

Der Schwede hob Karren im Allod. Ein schlimmes Benjumin würde jeden Tag gefördert werden. Ingesamt arbeiteten sechs Karrenschieber. Daß sie nicht zu wenig einbrachten, dafür sorgte der Aufseher, der Tag der „Schinder“ hieß, weil er in seiner Hut auf die Arbeiter losging und zu Hause keine Kinder mitnahm. Schimpfen konnte er wie ein Kohlpfanz. Daß wieder nur ein paar Kiesel von ihm. Eswild trug ich unter dem Fingerringe hinauf!

Er trug stets ein bierglattes Meterrag aus Stahl von einem Kater Länge bei sich, womit er nicht selten die Arbeiter, namentlich

Beizern, Kesselhäuser und Generatoren eingeführt werden, wo die Arbeit als besonders schwer und gesundheitschädlich anzusehen ist.“

Die Methoden, die die herrschende Klasse zur Abwägung der Arbeiterkämpfe dieses und jenseits der Grenze anwendet, sind die gleichen. Für die Arbeiter haben die Kapitalisten und ihre Beauftragten nur leere Versprechungen übrig.

Nur durch Kampf können die Arbeiter etwas herausholen. Der Beschluß der ost-schlesischen Hüttenarbeiter, ab 7. Januar in den Streik zu treten, war ein Zeichen, daß die polnischen Brüder die Lage richtig einzuschätzen verstehen. Leider fehlen bisher Meldungen, ob der Beschluß auch in die Tat umgesetzt wurde, oder ob es den reformistischen Führern gelungen ist, unter Hinweis auf die Versprechungen der Regierung den Kampf abzuwürgen.

Vereinheitlichung der polnischen Angestelltenversicherung.

Am 1. Januar ist in ganz Polen das Anfang Dezember im „Diennit Ustano“ publizierte Angestelltenversicherungsgesetz zur Einführung gekommen, das den ersten wesentlichen Schritt zur rechtlich-sozialpolitischen Angleichung Polens bedeutet, und da niemand auf Grund des organischen Statuts der Volkswirtschaft Schlesiens Erbschaft einlegte, in dem ehemals deutschen Teil Ost-schlesiens die bis dahin geltenden Bestimmungen des reichsdeutschen Angestelltenversicherungsgesetzes und der Erwerbslosenfürsorgeordnung abhört.

Das neue polnische Gesetz regelt die Pensions- sowie die Arbeitslosenversicherung der Angestellten ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens. Versicherungspflichtig ist somit jeder gegen Entgelt Beschäftigte Angestellte. Für die Beitragszahlung und die Bemessung der Versicherungsleistungen werden jedoch nur Höchstbeträge bei der Pensionsversicherung bis 120 Ploty monatlich und bei der Arbeitslosenversicherung bis zu 500 Ploty monatlich in Anrechnung gebracht. Von der Arbeitslosenversicherung sind Angestellte, die ein Einkommen von mehr als 600 Ploty monatlich haben, befreit. Die Beiträge werden in 14 Gehaltsgruppen, deren Grundgehalt von 60 bis 720 Ploty gestaffelt ist, bemessen.

Für die Pensionsversicherung werden 8 Prozent, für die Arbeitslosenversicherung 2 Prozent des Einkommens als Beitrag erhoben. An Leistungen wird bei der Pensionsversicherung eine Invaliditäts- oder Altersrente in Höhe von 40 bis 100 Prozent des durchschnittlichen Grundgehalts gewährt. Der Anspruch beginnt nach einer Wartezeit von fünf Jahren. Ferner wird eine Witwenrente in Höhe von 60 Prozent der Pension des Versicherten und eine Waisenrente in Höhe von 40 Prozent für Vollwaisen und 20 Prozent für Halbwaisen gewährt. Die Arbeitslosenunterstützung soll 30 bis 80 Prozent des versicherten Grundgehalts betragen. Anspruch auf Altersrente besteht für männliche Versicherte dagegen mit Erreichung des 60. Lebensjahres. Jüngere Versicherte haben Anspruch auf die Pensionsleistungen, wenn der Vertrauensarzt bzw. eine ärztliche Kommission der Versicherungsanstalt eine mindestens 60prozentige Arbeitsunfähigkeit feststellt. Die Mindestpension beträgt 60 Ploty monatlich.

Zur technischen Durchführung des Gesetzes werden vier Versicherungsanstalten geschaffen, die zur Wahrung der Einheitlichkeit in einem Verband der Versicherungsanstalten mit Sitz in Warschau zusammengefaßt sind. Für Schlesiens bleibt die Königsbrücker Versicherungsanstalt bestehen bzw. wird sachlich auf den neuen Zweig der Erwerbslosenversicherung und räumlich auf das sogenannte Leschener Schlesien ausgedehnt.

Au alle Ortsgruppen der Roten Hilfe in OS.

Wir eruchen die Ortsvorstände, daß vom Bezirksvorstand herausgegebene Material — Weihnachtsmarken, Sammelkarten, Sammelausweise — umgehend zurückzusenden. Die noch nicht abgeführten gesammelten Beträge von der Winter- und Weihnachtshilfe sind auf unser Postkassenkonto einzuzahlen.

Der Bezirksvorstand Oberschlesien der Roten Hilfe Deutschlands.

Hilf du Schiffe oder Geschworenen für das Jahr 1928? Ja, dann urteile als Massenbewachter Valenrichter! Dazu lese die sehr wichtige Schrift: „Felix Halle, Der Proletarier als Schiffe und Geschworener.“ Diese Schrift ist ein zuverlässiger Führer für Arbeiter, Angestellte, Kleinbauern und die Frauen des werktätigen Volkes bei der Durchführung ihres Amtes als Valenrichter. Preis der Schrift 1 Mark. Die Organisationskommission kostet nur 60 Pf. und ist durch alle proletarischen Literaturvertriebsstellen, Funktionäre der KPD. oder direkt vom Mopr-Verlag in Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 77/78, zu beziehen.

Meine Lebenserinnerungen

Von einem ober-schlesischen Hüttenarbeiter.

Bereits mit 15 Jahren kam ich in die Eisenhütte. Es war gerade Frühjahrspause. In dem Fabrikhof saßen alte und junge Männer auf schwarzen Häkern und hielten ihr Brot in den schmutzigen Händen. Die Gesichter waren zerkratzt, die Hände groß und schief. Einige der älteren lehnten den Kopf an die aufgeschlagenen Häkern und schliefen. Die Häkern verbreiteten einen unerträglichen Leergeuch. Plötzlich heulte die Sirene, schrill und schmerzhaft. Die Männer erhoben sich und räumten dem großen, dunklen Krücker. Die Fabriktoie erschienen mir wie Höllenpforten. Meine hoffnungsvollen Erwartungen waren dahin. Ich ging zum Betriebsleiter, der mir eine Beschäftigung an der großen Stanzmaschine anwies. Ich mußte schwere Eisenstücke heranziehen. Die Arbeit war mir viel zu schwer. Schon war der Meister da und sagte im barocken Ton: „Kajch, kajch, hier gibt es keine Faulenger.“ Da lochte mir das Blut in den Adern vor Mut. Der Schwweiß rannte mir vom Gesicht. Am Zahlungse erhielt ich für sechs Tage Arbeit 8 Mark. Es reichte weder für mich noch für...

Eines Tages blieben die Maschinen plötzlich stehen, und alle Arbeiter kamen zusammen. Auch ich lief hin und hörte, daß es sich um die Lohnforderung handelte. Mehrere Arbeiter beschwerten sich über ihren Hungerlohn und empfahlen den Streik. Auch ich meldete mich zu Wort und hielt eine ziemlich robbale Rede, die sich vor allem gegen die Antriebskraft richtete. Ich erzielte großen Beifall. Das ermutigte mich. Kosttraglich kamen mehrere Kollegen zu mir und sagten, ich hätte richtig gesprochen. Die Lohnforderung wurde bewilligt, aber es herrschte ein Streikbewußtsein wie noch nie. Der Meister ließ mich rufen, gab mir die Papiere und erklärte: „Für den Betrieb nicht zu gehorchen.“ Ich alle zum Betriebsleiter. Dieser rief sofort eine Belegschaftsversammlung ein und fragte, ob die Kollegenchaft mit meiner Entlassung einverstanden sei. Natürlich waren die Kollegen damit nicht einverstanden, und meine Entlassung wurde aufgehoben.

Nach einiger Zeit holte die Direktion zu einem Gegenangriff gegen

über den Schweden — weil dieser ein bißchen beschränkt war — schlug.

In einem Montag, bei Arbeitsbeginn, schrie der „Schinder“: „Heute müssen pro Mann vier Karren mehr hinauf!“ Die Arbeiter murrten und fragten warum. „Weil es verlangt wird“, antwortete der Schinder. „Spuckt einmal mehr in die Hände!“

Bis zum Frühstück hatte jedoch jeder nur soviel gefahren wie immer. Der Aufseher wertete und suchte, worauf der Schwede erwiderte: „Sind wir denn Pferde, daß wir die halbe Grube in einem Tage leer machen und hinausschaffen können?“

Enfort trat der Schinder auf ihn zu und stieß ihn mit dem Fuße gegen das Anie, daß der Schwede die Karre losließ und sich gegen den Aufseher wandte. Dieser war trotz seiner Riesengestalt feige und trat zurück. Der Schwede schwitzte. Das war ihm zuviel. Vier Karren mehr den Tag auf die Rampe schieben und noch getreten werden.

Zeit Jahren hatte es keiner gewagt, sich gegen den Schinder aufzulehnen. Seit er damals den jungen kräftigen Karrenschieber mit einem Karrenholmen den Arm zerquetschert hatte, wollte keiner mehr den Kampf mit ihm wagen. Jetzt sollte er sich von diesem dummen Schweden bedrohen lassen? Er sann nach Rache und suchte wie der Teufel. Jedesmal, wenn der Schwede mit seiner Karre vorbeikam, hatte er etwas einzuwenden. Dem Schweden rann der Schwweiß übers Gesicht.

Der Aufseher stieg selber in die Grube und lud eine doppelte Ladung auf die Karre des Schweden. Das Blut des Schweden lochte. Einmal schaffte er die übermenschliche Ladung hinauf. Mit der zweiten rutschte er vom Brett ab und klappte um. Sofort kam der Schinder herbeigerannt, zog sein Stahlmaß aus dem Ton und schlug mit den Worten: „Du faules Vieh, willst wohl trocken?“ — den Schweden zweimal übers Gesicht, daß dieser wie ein gequältes Tier aufsprüllte und sich laufend um sich selbst drehte. Dann ging er wie rasend auf seinen Gegner los, wobei dieser wieder mit der Metallstange auf ihn einschlug.

Eine Stunde später wurde der Schinder weggetragen — der Schwede hatte ihm mit einem scharfen Tomtecher den Schädel gespalten.

Breslau

Landtag und Eingemeindung

Für die nächste Vollziehung des Preussischen Landtages, die am 17. Januar 1928 stattfinden, steht in erster Reihe zur Beratung der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Breslau, die nach neuesten Meldungen am 1. April d. J. durchzuführen werden soll.

* Elektrifizierung der Eisenbahn Breslau-Königsfeld. Die zum Zwecke der elektrischen Zugförderung auf der Strecke Breslau-Königsfeld erbaute 80 000-Volt-Fernleitung von Niedersalzbrunn nach Mettau wird am kommenden Mittwoch erstmalig unter Spannung gesetzt. Die Leitung führt durch die Gemarkungen Niedersalzbrunn, Liebsburg, Freilburg, Jielau, Nieder- und Obersdorf, Gutbezirkt Jauernig, Gemeindebezirk Alt-Jauernig, Königsfeld, Bunzelwitz, Peterwitz, Saaran, Kallendorf, Conradswalbau, Hohenposers, Jurgamendorf, Borsane und Mettau. Die Reichsbahn macht darauf aufmerksam, daß jede mittelbare oder unmittelbare Berührung der Leitung lebensgefährlich ist.

Eine „Arbeitsgemeinschaft“ für das Wochenende. Vor ungefähr drei Monaten hat sich eine „Schlesische Arbeitsgemeinschaft Wochenende“, die von Dr. Köblich überführt wird, gebildet, die für eine durchgehende Arbeitsruhe von Sonnabend mittags bis Montag früh eintritt. (Vorwärtsfühler „soweit das möglich ist.“) Wir glauben kaum, daß die Industrien sich von dem Wollen dieser Arbeitsgemeinschaft beeindrucken lassen. Sie haben nur eine Richtlinie — Ihren Profit und lassen sich da nicht dreinreden. Deswegen hatten wir auch eine Mitgliedschaft in dieser Organisation für zwecklos.

Ungültig werdende Postwertzeichen. Folgende Postwertzeichen verlieren mit Ablauf des Monats Januar 1928 ihre Gültigkeit zum Freimachen von Postsendungen: a) Die Bismarckwertzeichen von 3, 5, 10, 20, 50 Pf., b) die Stephanusmarken zu 10 und 20 Pf., c) die Rheinland-Postwertzeichen zu 5, 10 und 20 Pf. Wertzeichen dieser Art, die bis Ende Januar nicht haben aufgebraucht werden können, dürfen in der Zeit vom 1. bis 15. Februar bei den Postanstalten gegen andere Postwertzeichen umgetauscht werden.

Professor Milch gestorben. Am Donnerstag verstarb der ordentliche Professor für Mineralogie an der hiesigen Universität, Dr. Ludwig Milch, im 81. Lebensjahre.

Umgangsformen eines sozialdemokratischen Armenpflegers. Zu dieser Nacht wird uns noch mitgeteilt, daß der erwähnte Armenpfleger nicht Pohlenstraße 11 wohnt, sondern Pohlenstraße 11 wohnt.

Wann der Chauffeur betrunken ist. An der Kreuzung Ohlauer Stadtgraben und Klosterstraße fuhr ein von einem betrunkenen Chauffeur gesteuerten Personenkraftwagen in einen Handwagen hinein und verletzete zwei junge Leute so schwer, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Wann Auto überfahren. In der Kaiser-Wilhelm-Straße wurde am Freitag der Herdalkstraße 66 wohnende Handelsmann Gehauer von einem Personenkraftwagen angefahren. Er erlitt eine stark blutende Kopfverletzung.

Vollkond für Mutterschutz und Sexualhygiene. Dienstag, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Margarethenstr. 17. Schriftleiter Lüders behandelt an Hand von Lichtbildern: „Reimesucht, Entwicklung, Geburt.“ Gäste sind willkommen.

Der neue Unterrichtsplan der Volkshochschule ist soeben erschienen. Er enthält den Plan von mehr als 80 Arbeitsgemeinschaften für Erwachsene aus den Gebieten der Philosophie, Lebens- und Weltanschauung, Erziehungslehre, Seelenkunde, Kunstwissenschaft, Literatur- und Sprachwissenschaft, Geschichte und Kulturkunde, Gesellschaftslehre und Staatswissenschaft, Erdkunde, Mathematik und Naturwissenschaft. Der Plan ist im Volkshochschulamt, Münzstr. 16, in Volkshochschulen und Leseschulen und an anderen Orten erhältlich.

Die Anmeldungen zur Volkshochschule sind zwischen 9. und 14. Januar von 10—15 oder 17—20 Uhr im Volkshochschulamt, Münzstraße 16, zu vollziehen.

Als Sterbender arbeitsfähig geschrieben

Das Schicksal eines Arbeitsinvaliden

Breslau, 7. Januar 1928.

Der Bauarbeiter Karl Scholz in Breslau, Scheininger Straße Nr. 34 operativ, zog sich infolge schwerer Arbeiten einen Bruch zu. Eine Operation fiel unglücklich aus und die Folgen der Bruchoperation beeinträchtigen seine Gesundheit und Arbeitsfähigkeit auf das schwerste. Nachdem Scholz, ein überaus fleißiger Arbeiter, wiederholt vergeblich versucht hatte, im Beruf zu arbeiten und dabei immer wieder erkrankte, beantragte er am 10. Mai 1927 die Invalidenrente. Er hatte er doch 28 Karten geklebt und sich wie viele Profiarbeiter der Hoffnung hingeeben, im Falle der völligen oder verminderten Arbeitsunfähigkeit Invalidenrente zu erhalten. Sehr bald mußte der Invalide aber erfahren, was Klassenmedizin und Spruchpraxis der Versicherungsämter bedeuten. Der prakt. Arzt Dr. Sabatj, hier, stellte am 28. Juni d. J. fest, daß der Kläger an Fettleibigkeit und den Folgen einer Bruchoperation leide, aber zu mittelschweren Arbeiten fähig sei.

Gegen dieses Urteil legte der Kläger rechtzeitig Berufung ein. Diese wurde vom Oberverwaltungsamt Breslau verworfen. Scholz' Zustand hatte sich inzwischen berart verschlimmert, daß er in das Wenzel-Hand-Krankenhaus eingeliefert werden mußte, wo er einen Schlaganfall erlitt. Als der tollkranke Invalide dann Ende November den Bescheid des Oberverwaltungsamtes erhielt, daß seine Berufung verworfen sei, weil die Spruchkammer auf Grund des Gutachtens des Gerichtsarztes die Ueberzeugung erlangt habe, daß der Kläger noch imstande ist, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt leichte bis mittelschwere Arbeiten mit kurzen Ruhepausen zu verrichten, und dadurch die Mindestverdienstsätze zu erreichen, geriet er über diesen unerhörten Bescheid in solche Aufregung, daß er noch einen zweiten Schlaganfall erlitt, von dem er sich nicht mehr erholt. Am Mittwoch, dem 4. Januar, starb der von der Klassenmedizin für arbeitsfähig erklärte Invalide.

Auf dem Sterbebett noch für arbeitsfähig erklärt! Kaum jemals ist die niederrichtige Rentenbehörde besser beleuchtet worden, wie in diesem Falle. Wäre dem Kopf unter dem Arm mußt Du antworten, wenn Du für arbeitsfähig und invalide erklärt werden sollst. Dieser

längst in den Spruchbüchern des werltlichen Volkes einverleibte Satz hat seine Illustration erhalten. Von Angehörigen des Sterbenden werden uns Ausgaben gemacht, die bestätigen, daß Scholz ein Opfer der „sozialen Fürsorge“ geworden ist. Nach der Ablehnung seines Invalidenantrages beantragte Scholz Waisen-Unterstützung. Endlich, nach vier Monaten, erhielt er, der arbeitsunfähig, kranke Mann, dem Arbeitslosen-Unterstützung versagt wurde, ganze 40 Mark monatlich, wovon er noch Miete zahlen mußte.

Auf dem Sterbebett hat Scholz zu seinen Angehörigen gesagt, daß er sich für die Versicherung um seinen Tod beschuldigen. Das ist das Schicksal eines Arbeitsinvaliden in der kapitalistischen Republik! Zur Vervollständigung sei noch bemerkt, daß die Spruchkammer ihr famoses Urteil „Im Namen des Volkes“ fällt. Bessler waren:

Regierungsrat Dr. Kühn-Breslau, Geschäftsführer Georg Dehmel-Breslau aus der Zahl der Unterzeichner; aus der Zahl der Verlierer der Gewerkschaftsangehörige Hermann Giller. Die proletarische Öffentlichkeit hat ein dringendes Interesse daran, von Herrn Giller zu erfahren, ob er sich nur auf die Information des Arztes verlassen hat oder pflichtgemäß den Antragsteller selber gehört hat.

Vom Reichsversicherungsamt und von der Ärztekammer werden wir, daß sie das Gutachten des Dr. Sabatj sofort einsendern und einer Nachprüfung unterziehen.

Der Fall Scholz ist keine Ausnahmeerscheinung, er ist typisch für das Schicksal des invaliden und kranken Arbeiters. Tausende Invaliden sinken jährlich ins Grab, die von Ärzten für arbeitsfähig erklärt wurden. Wie die Mediziner im Kriegesjeden mehrfach zum Krüppel geschossenen Soldaten, im Interesse des Vaterlandes“ für L. v. erklären, so gibt es heute zahlreiche Ärzte, welche die Opfer des Schlachtfeldes der Arbeit aus Rücksicht auf die Finanzen des Staates in derselben Weise behandeln. Erst die Aktivität des Proletariats wird mit diesen Methoden der Klassenmedizin und der Klassenjurisprudenz aufzuräumen und eine Invalidenversicherung schaffen, die ihren Namen verdient.

100-Kilometer-Mannschaftsfahren in der Jahrhunderthalle. Die gestrige Jahrhunderthallenradrennen waren wieder stark besucht. Im 100-Kilometer-Mannschaftsfahren war nach aufreibenden langen Tagen folgender Schlussstand zu verzeichnen: 1. Leo L. Miethe 24 Punkte; 2. Retourneur-Vorcarbo 15 P.; 1 Runde zurück: 3. Knappe-Frach 55 P.; 4. Demoff-Sellebaut 40 P.; 5. Wambst-Laqueschay 14 P. Die übrigen Mannschaften lagen zwei Runden zurück bis auf Traugott-Güßler, die fünf Runden hinter den Siegern erdeten. Aufgegeben hatten Staphinly, Martin, Bassi-Lonani. Martin und Lonani durch Stürze, wobei letzterer ein Schlüsselbein brach und aus der Halle getragen werden mußte.

Lichtbildschau „Sein großer Fall“, ein spannender Kriminalfilm, geht hier über die Leinwand. Ein Verbrecher-Konfession verliert auf einer langen Jahre zurückliegenden Kindesunterziehung Kapital zu schlagen, wobei die Tochter vorübergehend entführt und ihr Vater durch einen unglücklichen Zufall getötet wird. Interessant ist die Entfaltung des polizeilichen Aufklärungssystems in der Mordaffäre, ebenso das „internationale“ Zusammenarbeiten des Ermittlungsapparates der verschiedenen Länder. Bismilich unmotiviert wirkt der Ausbruch der Sträflinge gelegentlich einer Kellerrei. Das Mafiamogel von Polizei auf Fahrrädern, Motorradern, Autos, Motorbooten und zu Pferde zur Verfolgung von kaum zwei Dutzend Sträflingen ist eine groteske Prahlerei. Das Programm wird vervollständigt durch den sehenswerten Kulturfilm „Aus der Welt der Stis“, den Trübfilm „Das Zintenmännchen und die Zängerin“, das Lustspiel „Drei kleine Regierlein“ und die Wochenschau.

Delz. Ein Reichswehrangehöriger in den Tod gegangen. Donnerstag hat sich in der Kaserne des Reiter-Regiments Nr. 8 der Offizieranwärter E. erschossen. Die Gründe zu dieser Tat sind angeblich noch nicht aufgeklärt.

Wrieg. Zwei Arbeiter in der Luft. In der Wohnung eines Dominikararbeiters in Kauern brach ein Stubenbrand aus. Zwei im Zimmer allein zurückgelassene Kinder erstickten, ehe ihnen Hilfe gebracht werden konnte.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
Görlich. Mittwoch 20 Uhr Kurzus im Felsenkeller.
- Kommunistischer Jugend-Verband**
Breslau.
— Süd-Zentrum. Mittwoch 20 Uhr Heimabend, Gaststätte „Mörsberger“, Sonnenstr. 33.
— Nord. Mittwoch 20 Uhr Heimabend in Pestalozzischule, Michaelstraße. Mitgliedsbuch mitbringen. Referent anwesend.
- Roter Frontkämpfer-Bund**
Breslau.
— Abt. 4. Montag 19.30 Uhr Generalmittgliederversammlung in Hubertuskasse, Friedrich-Wilhelm-Straße 32.
— Abt. 5. Montag 19.30 Uhr Beginn des Unterrichtskurses. Buch mitbringen.
— RWB. Abt. 2. Dienstag 20 Uhr Versammlung bei Ueberhöf. Sprechchor und Theaterpieler. Gäste willkommen.
Strehlen. Dienstag 19 Uhr bei Wende (Stadt Breslau) Mitglieder-versammlung.
Görlich. RWB. Montag 20 Uhr Funktionärsführung bei Kamera-Kaufse.
- Sonstige Organisationen**
Breslau.
— Arbeiter-Operanto-Gruppe. Freitag 20 Uhr Jahresversammlung bei Roscher, Obergarten, Mathiasstraße 35.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

„O ja; ich esse auch etwas,“ antwortete Pierre, dem das Herz auf der Zunge lag.
Die Mahlzeit war reichhaltig, Salm, Wierluchen, Kotelettes mit Kartoffelbrei, geschmorten Nieren, Blumenkohl, kaltes Fleisch und Apfelsentorte. Alles war zu stark gelocht, in der Brühe getränkt und ungeschmackhaft wie aufgewärmte Ueberbleibsel. Aber in den Kompartimenten lagen ziemlich schöne Früchte, vornehmlich Pfirsiche. Uebrigens schienen die Tischgäste nicht anspruchsvoll zu sein und weder Geschmack zu entwickeln noch Geseh zu empfinden. Ein reizendes, sehr hübsches junges Mädchen mit empfindlichen Augen und seiden-glänzender Haut, die zwischen einem alten Priester und einem sehr schmalen, bärtigen Herrn eingeklemmt saß, verzehrte mit entzückter Miene die Nieren, die in grauem Wasser, das ihnen als Tunte diente, bläß und bleich herumschwammen.
„Meiner Kreuz!“ begann Herr von Guercourt wieder, „der Salm ist nicht schlecht. Nehmen Sie doch ein wenig Salz dazu; das schmeckt vorzüglich.“
Pierre entschloß sich, zu essen; denn er mußte sich wohl füttern. An einem kleinen Tisch, nahe dem Irtigen, erblickte er soeben Frau Signeron und Frau Chaise. Diese Damen, die einander gegenüber saßen, schienen als die zuerst Herabgekommenen zu warten. In der Tat kamen alsbald Herr Signeron und sein Sohn Gustave; der letztere war noch bläß und stützte sich schwerer auf seine Krücke.
„Sehe dich neben Deine Tante!“ sagte Herr Signeron. „Ich werde neben Deiner Mutter Platz nehmen.“
Als er darauf seine zwei Nachbarn gewahrte, näherte er sich.
„O,“ sagte er, „Gustave ist wieder vollständig hergestellt. Ich habe ihn soeben mit köstlichem Wasser eingerieben, und bald wird er sein Bad im Weißen nehmen können!“
Er setzte sich zu Tisch und aß gierig. Er sprach unwillkürlich wiederum ganz laut von dem eben ausgehenden Schreden, so sehr hatte ihn die Furcht erschüttert, seinen Sohn vor der Tante sterben zu sehen. Die letztere erzählte, sie hätte sich, als sie am Abend vorher vor der Grotte kniete, plötzlich erleichtert gefühlt; sie schmeichelte sich, von ihrer Herzkrankheit geheilt zu sein, und zählte gemane Einzelheiten auf, die ihr Schwager mit großen, unwillkürlichen

unruhigen Augen anhörete. Gewiß, er war ein guter Mensch und hatte noch nie jemandes Tod gewünscht; allein beim Gedanken, die heilige Jungfrau könnte dieser alten Frau die Gesundheit wiedergehen und seinen so jungen Sohn vergessen, geriet er in Entzückung. Er war schon bei den Kotelettes und verschluckte volle Gabeln Kartoffelbrei, als er zu bemerken glaubte, daß Frau Chaise mit ihrem Messen schmolle.
„Gustave,“ sagte er auf einmal, „hast Du Deine Tante um Verzeihung gebeten?“
Der erstaunte Knabe äffnete weit die hellen Augen in seinem schmalen Gesicht.
„Ja, Du bist böse gewesen; Du hast sie droben zurückgestoßen, als sie helfen wollte, dich wieder zu fressen.“
Frau Chaise schleg mit überaus würdiger Miene und wartete, während Gustave ohne Hunger den Knochen seiner in kleine Stücke zerschnittenen Kotelettes vollends loslöste. Er hielt die Augen auf seinen Keller gefenkt und hatte sich in den Kopf gesetzt, diesmal das traurige Werk der Fäullichkeit, das man ihm auferlegte, zu vermeiden.
„Nun, Gustave! Sei lieb! Du weißt, wie gut Deine Tante ist, und was sie alles für dich zu tun gebent.“
Nein, nein! Er wollte nicht nachgeben. In diesem Augenblick vermüthete er sie, diese Frau, die nicht schnell genug starb, die ihm die Zuneigung seiner Eltern verdaß, so daß er, wenn er sie eifrig um sich beschäftigt sah, nicht mehr wußte, ob sie wirklich ihn retten wollten oder vielmehr die Erbschaft, die sein Leben bedeutete.
Aber auch Frau Signeron trat auf die Seite ihres Gatten und sagte mit Ernst:
„Wahrhaftig, Gustave, Du tust mir großes Leid an! Bitte Deine Tante um Verzeihung, wenn Du mich nicht ganz und gar erzürnen willst!“
Da gab er nach. Warum auch kämpfen? War es nicht besser, daß seine Eltern das Geld erhielten? Würde er nicht ganz ebenso sterben, wenn auch später, da diese die Verhältnisse seiner Familie in Ordnung brachte? Er wußte das; er begriff alles, selbst wenn man nicht davon sprach. Die Krankheit hatte sein Geschick berart geschärft, daß er selbst die Gedanken hörte.
„Tante!“ stammelte er, „ich bitte Sie um Verzeihung dafür, daß ich mich vorhin so unliebenswürdig gegen Sie benommen habe.“
Aber zwei große Tränen rollten aus seinen Augen, während er mit der Miene eines weichen, oft mißbrauchten Menschen, der viel erlebt hat, lächelte. Sogleich umarmte ihn Frau Chaise und sagte ihm, daß sie nicht erzürnt war. Daraufhin entsetzte sich die Lebensfreude des Signerons in aller Gutmüthigkeit.

„Wenn die Nieren auch nicht gut sind,“ sagte Herr von Guercourt zu Pierre, „so ist das doch wirklich schmachtender Blumenkohl.“
Im Saal dauerte das fürchterliche Raufen fort. Noch nie hatte Pierre so essen gesehen, in einem solchen Schweiß, einem so erstickend heißen Waichhaus. Der Speisengeruch verdichtete sich gleichsam zu Rauch. Um sich zu verstehen, mußte man schreien; denn alle diese Gäste plauderten sehr laut, und die bestärzten Kellner räumten das Tischgerät im Fluge ab; dann das Geräusch der Stuhlrollen, das man ganz deutlich vernahm und das sich anhörete wie das Knirschen von Mühlsteinen. Den jungen Priester verließ die außerordentlich gemüthliche Gesellschaft an der Tafel, an der sich Männer, Frauen, junge Mädchen und Geistliche drängten, wie sie sich auf gut Glück zusammenfanden, und die ihren Heißhunger stillten gleich einer aufgelassenen Meute, die in Eile die Wiesen aufsucht. Die Brotkörbe gingen herum und leerten sich. Dann entstand eine Meute in kaltem Fleisch, lauter Ueberresten vom Borabend, Schöpfenleute, Kalbfleisch und Schinken, die mit einem Guß aus heller Gallerte umgeben waren, die wie Leim zitterte. Man hatte schon subiel gegessen; gleichwohl erwiderten diese Fleischstücke wiederum die Luft, weil man dachte, man dürfe nichts übrig lassen. Der Priester in der Mitte des Tisches, der so bedachtam als verpöthete sich bei den Früchten; er war bei seinem dritten ungeheuren Pfirsich, dem er langsam schälte und zerritzten Herzens in Schritten verzehrte.
Nun ging eine Bewegung durch den Saal; ein Kellner verteilte die Briefschaften, die Frau Majestät vollends ausgeschüttet hatte.
„Schau!“ sagte Herr Signeron, „ein Brief für mich! Das ist überraschend. Ich habe niemand meine Adresse gegeben.“
Dann fiel es ihm plötzlich ein.
„Ach ja! Das wird von Caubogot sein, der meine Stelle im Finanzministerium vertritt.“
Als er den Brief geöffnet hatte, fingen seine Hände zu zittern an, und er tief einen Schrei aus.
„Der Baronvorsteher ist gestorben!“
Frau Signeron war befüßt; sie konnte ihre Zunge auch nicht zurückhalten.
„Dann wirst Du jetzt ernannt!“
Es war ihr heimlicher, gehätschelter Traum: der Tod des Baronvorstehers, damit er, der seit zehn Jahren zweiter Vorstand war, endlich zum höchsten Rang, zu der Marischallwürde, aufsteigen konnte. Seine Freude war groß, daß er alles unbefonnen ausplauderte.
„Ach, mein liebes Weib, die heilige Jungfrau ist eingeschoben mit mir! Diesen Morgen noch habe ich sie um meine Beförderung gebeten, und sie hat mich erhört!“

Waldenburger Bergland Die Grubenbesitzer haben gesiegt

Seit 1910 ist im Waldenburger Bergbau ein hohes Steigen der Produktion ohne gleichzeitige Erhöhung des Reallohnes der Bergarbeiter zu verzeichnen. Die Profite der Grubenbesitzer befinden sich in stetigem Wachstum. Doch die Grubenmagnaten sind nicht zufrieden. Sie wollen das Tempo des Profitwachstums beschleunigen. Als Mittel dazu haben sie ins Auge gefasst: 1. Konzentrierung der Kohlenförderung auf die ergiebigsten Gruben, b. h. Stilllegung der weniger ergiebigen; 2. Billige Staatskredite; 3. Frachtermäßigung; 4. Keine Lohnerhöhung.

Heute schon kann festgestellt werden, daß die Grubenbesitzer die ins Auge gefassten Ziele entweder bereits erreicht oder in aller nächster Zeit bestimmen erreichen werden.

Vor mehreren Monaten ließ die Verwaltung der Kohlenwerke und Chemischen Fabriken A. S. in der „Vossischen Zeitung“ einen Artikel über die Nationalisierung veröffentlichen. Dieser Artikel, der von der „Vergewalt“ als Kommentar abgedruckt wurde, enthielt u. a. folgende Sätze: „Bestimmte Mitteilungen über etwa im Anschluß an die fröhliche geplante Stilllegungen von Schachtanlagen können... noch nicht gemacht werden, jedoch ist hervorzuheben, daß die Arbeiter etwa stillgelegter oder eingeschränkter Schachtanlagen ohne Schwierigkeiten auf anderen Anlagen der Aktiengesellschaft... Beschäftigung finden.“ In demselben Artikel wurde auch verprochen, „sobald die Fraktions- und Nationalisierungsergebnisse sich nur anfangen auszuwirken, auf dem Gebiete der Lohnpolitik den Waldenburger Bergarbeitern... entgegenzukommen.“ Die reformistischen Führer des V. B. glauben diesen Versprechungen und setzen demzufolge die Stilllegung der Viktor-Grube keinen Widerstand entgegen. Die Grube wird nur Ende März stillgelegt werden. Und die Arbeiter? Diese Frage beantwortet dieselbe „Vergewalt“ wie folgt:

„Diese Frage bleibt ... unbeantwortet und wird mit bloßen Versprechungen auch nicht gelöst.“

Die Grubenbesitzer rationalisieren, werfen die Arbeiter auf Straßenpflaster — und die reformistischen Führer befürworten diese Rationalisierung. Ohne den Arbeitern einen Weg aus dem Elend zeigen zu können.

Billige Staatskredite hat die neue Aktiengesellschaft anscheinend noch nicht erhalten können. Dafür ist ihnen aber eine Tarifermäßigung gewährt worden. Für den Transport nach den Distrikten beträgt sie 5 bis 11 und nach der Höhe 20 Prozent. Es ist klar, daß die Reichsbahn diese Ermäßigung nicht aus eigener Tasche tragen, sondern sie durch Erhöhung der anderen Einnahmeposten zu ersetzen trachten wird, d. h., letzten Endes trägt sie die wertvolle Bevölkerung.

Der Chefredakteur der Breslauer „Volkswacht“ fügte der Meldung über die Tarifermäßigung einen Kommentar an, in dem u. a. folgendes zu lesen war:

„Es ist erfreulich, daß die Reichsbahnverwaltung jetzt endlich den Forderungen nicht nur des niederschlesischen Kohlenbergbaues, sondern auch ganz Niederschlesiens nachgegeben und dem Waldenburger Kohlenbergbau die langersehnten Frachtermäßigungen zugestanden hat. Nachdem nunmehr auch die Nationalisierungsarbeiten im Waldenburger Revier selbst begonnen haben, wird es wohl im Zusammenhang mit diesen Frachtermäßigungen möglich sein, die Produktionskosten des Waldenburger Reviers und die Preise der Waldenburger Kohle so zu senken, daß das Revier nun wieder voll konkurrenzfähig wird, vor allem auch mit der polnischen Kohle. Es muß aber auch betont werden, daß nunmehr auch der letzte Grund für die Waldenburger Bergarbeitergesellschaften fortgefallen ist, der eventuell gegen eine ausreichende Lohnerhöhung angeführt werden konnte.“

Auch hier muß es, daß den Grubenbesitzern eine Erleichterung bewährt wurde, und nur eine schüchterne Bitte, doch auch an die Bergarbeiter zu denken.

Wie ist es nun um die notwendige und selbst nach Ansicht der reformistischen Führer wirtschaftliche mögliche Lohnerhöhung bestellt? Der Ausgang der letzten Lohnbewegung gibt darauf eine deutliche Antwort: Nicht einmal die Anpassung der Tarifhöhe an

die Effektivlöhne wurde erzielt. Deshalb? Nicht zuletzt deshalb, weil die reformistischen Führer glauben, es sei Pflicht der Arbeiter, sich den Entscheidungen des Arbeitsministers und der Schlichter, die doch nur die Vollstrecker des Willens der kapitalistischen Regierung sind, zu unterwerfen, weil diese Führer alles anwenden, um die Arbeiter von einer Auslieferung gegen die verbindliche Schlichtungspraxis abzuhalten.

So sind die Waldenburger Grubenbesitzer in allen Fragen Sieger geblieben. Die reformistischen Führer haben ihnen zu diesem Siege verholfen.

Das sind Tatsachen, die sich jeder Arbeiter reichlich durch den Kopf gehen lassen muß. Nicht der rote Stimmgabel bei den kommenden Wahlen wird den Arbeitern helfen, sondern der Kampf. Der Kampf, der gleichzeitig für Gewerkschaftsforderungen und politische Ziele geführt werden muß.

Groß-Waldenburg

Der Kassierer der Stadthauptkasse verhaftet. Bekanntlich hatte der Kassierer Berger bei der Waldenburger Stadthauptkasse 8000 Mark unterschlagen und war dann flüchtig geworden. Jetzt konnte Berger, der im Riesengebirge gesucht wurde und über den schon die Nachricht verbreitet war, er habe sich in einer der Wäuden das Leben genommen, in einem feudalen Hotel in Reize festgenommen und dem Waldenburger Gerichtsgefängnis zugeführt werden. Wie jetzt übrigens noch bekannt wird, reichen die Unterschlagungen des Berger bis in das Jahr 1921 zurück. Die Kassierung des B. muß demnach sehr mangelhaft kontrolliert worden sein, denn in all den Jahren haben die Gegenbuchführer nie etwas von seinen Fälschungen bemerkt.

Der brennende Straßenbahnwagen. Auf der Fahrt von Waldenburg nach Weißstein gerieten in einem Motorwagen die unter den Bänken eingebauten Wiberstände in Brand. Die Holzbeheizung der Bänke hatte bereits Feuer gefangen, als die Fahrgäste fluchtartig den Wagen räumten. Zu Schaden ist niemand gekommen. Der Motorwagen wurde sofort außer Verkehr gesetzt.

Oberes Revier

Friedland. Folgen der Glätte. Auf dem stark vereisten Hofe des Ludwigigen Grundstücks glitt der Bierverleger Hoffmann aus und erlitt außer schweren Kopfverletzungen eine Verletzung des Trommelfelles. — In dem benachbarten Reudorf setzte sich das Pferd des Gutsbesitzers Hoffmann in Bewegung, noch ehe die Frau des P. auf einem Schlitten Platz genommen hatte. Sie wurde beiseite geschleudert und erlitt eine Gehirnerschütterung.

Striegau

Zum Konkurs des Bankhauses Thomas, den wir bereits mitgeteilt haben, wird jetzt noch bekannt: Da das Bankhaus, das vor 50 Jahren hier gegründet wurde, als solches, gut fundiertes Unternehmen galt, wird es allgemein von den hiesigen Geschäftskreisen in Anspruch genommen. Ein Teil der Firmen hat nun Einlagen von 60000 Mark und noch mehr verloren, auch viele kleine Sparer, denen die Infestation schon den größten Teil ihres Geldes geraubt hatte, sind durch den Bankrott das letzte Ersparte losgeworden.

Bolkenhain

Vertraute Leichtgläubigkeit. Einem Schwindler zum Opfer gefallen ist die Frau eines Stellensetzers in Alt-Reichenau, deren Ehemann zurzeit eine Gefängnisstrafe verbüßt. Jetzt sprach bei ihr ein Mann vor, der ihr mitteilte, daß ihrem Mann die Reststrafe erlassen würde, wenn sie ihm 200 Mark geben würde. Ohne daß sich die Frau Ausweispapiere von dem angeblichen Gerichtsbeamten vorlegen ließ, handelte sie ihm ihre gesamte Barschaft in Höhe von 100 Mark aus. Jetzt mußte sie erfahren, daß sie einem gemeinen Schwindler zum Opfer gefallen ist.

Niederschlesien

Görlitz

Unsere Lenin-Diebstahl-Zugewandte-Feier

Am Freitag, dem 13. Januar, abends 8 Uhr, findet im Konzertsaal in Görlitz die Lenin-Diebstahl-Zugewandte-Feier der SPD. statt. Karten sind im Vorverkauf in der Geschäftsstelle und bei den Funktionären zu haben. Eintritt 40 Pf. Erwerbslose an der Abendkasse 20 Pf. Sorgt für Massenbesuch!

Rentengewährung an abgehandelte Kriegsbeschädigte

Während der Beratungen im Kriegsbeschädigten-Ausschuß des Reichstages hat der Regierungsvizepräsident folgende Erklärung abgegeben: „Die Reichsregierung ist bereit, in weiterer Ausdehnung des § 71 des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen zu ermöglichen, daß Kriegsbeschädigte, die wegen einer Wundheilung der Erwerbsfähigkeit um 30 v. H. abgehandelt worden sind, wieder Versorgung erhalten können, wenn die Wundheilung der Erwerbsfähigkeit jetzt — auch ohne daß eine Verschlimmerung nachweisbar ist — in mindestens 25 v. H. beträgt.“

Weiter geht die im Reichsberichterstattungsbogen Nr. 19 vom 21. 12. 27 veröffentlichte Darstellungsbestimmung zu § 25 Abs. 3, die mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 die Wundheilung der Rente für nachfolgende unter die Abfindung gefallene Leiden fähig. Es heißt dort u. a.: „Wer in seiner körperlichen Unversehrtheit schwer beeinträchtigt ist, erhält ohne Rücksicht auf den Grad der tatsächlichen Wundheilung seiner Erwerbsfähigkeit eine Renteprämie auf der Grundlage nachfolgender Sätze:

- Verlust von drei oder mehr Fingern einschließlich des Daumens an der Gebrauchshand ... 30 v. H.
- Verlust des Daumens allein an der Gebrauchshand ... 25 v. H.
- Verlust der ganzen Kopfhaut (Skalpierung) ... 25 v. H.
- Verlust oder vollständige Erblindung eines Auges ... 25 v. H.
- Verlust des Gehörs ... 25 v. H.
- Verlust beider Nieren ... 25 v. H.
- Abwärtswirkende Entstellung des Gesichts, die den Umgang mit Menschen erschweren ... 25 v. H.
- Verlust der Milz oder einer Niere ... 30 v. H.
- Wundheilung der Hüfte, des Beckens, des Kniegelenks oder der Schulter ... 30 v. H.
- Andere Körperverletzungen, die den hier aufgezählten gleichwertigen sind, sind entsprechend zu berücksichtigen.“

Die aus der Regierungserklärung noch hervorgeht, wird Wert auf die Ueberprüfung der neu eingereichten Anträge durch die Verbände gelegt. Die abgehandelten Kriegsbeschädigten handeln also im eigenen Interesse, sich vor einer Antragsstellung des Rates und Bewandens eines Verbandes zu vergewissern. Die Geschäftsstelle des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, Schanze 20, ist gern bereit, in die Prüfung und Bearbeitung von Anträgen auf Wundheilung der Rente einzutreten.

„Am Brautwiesentunnel“. Wie aus einer öffentlichen Bekanntmachung der Polizei hervorgeht, hat der zünftliche Brautwiesentag und Brautwiesentunnel gefasene Teile der Landestrafstraße die Bezeichnung „Am Brautwiesentunnel“ erhalten. Es handelt sich um die bisher unter Landestrafstraße Nr. 21 und 25 geführten Grundstücke, von denen nur das letztere bebaut ist.

Ausdauer Streiklichter. Hier kam das Grundstück eines Kaufmanns zur Versteigerung. Derselbe war früher nebenbei Rentant der Brautwiesentage- und Darlehenskasse. Seine politische Tüchtigkeit (Streik national) wurde noch durch geschäftliche Tüchtigkeit übertrifft, so daß nach einer Revision der Wähler und Kasse der Verein es vorzog, ihr seines Amtes zu entheben und die Angelegenheit gerichtlich regeln zu lassen. Das hat es ja gründlich getan, indem es erst den Warenbestand und, als das noch nicht reichte, auch das Hausgrundstück versteigerte. Aber über so etwas spricht man nicht gern in diesen Kreisen. Wenn das ein Arbeiter gewesen wäre, ja dann, Bauer, das ist was anderes!

Das nächstemal werden wir uns etwas mit unserer Gemeindeführung im allgemeinen und der Wohnungsverteilung im besonderen befassen. Einswellen auf Wiedersehen!

Bunzlau

Ein Tag auf dem Arbeitsgericht

Die am 4. Januar abgehaltene Arbeitsgerichtsitzung gab ein lehrreiches Bild von der wirklichen Lage der arbeitenden Klasse. Fünf Streikfäden betrafen Industriearbeiter und zwei Landarbeiter. Von ersteren eine im Siegersdorfer Werke wegen „beweisener“ Trunkenheit im Betriebe: Fristlose Entlassung. Klage auf Wiedereinstellung kostenpflichtig abgewiesen. Gebühr drei Mark. Eine andere wegen Nichtinhaltung vierzehntägiger Kündigung: Je 15 Mark Schadenersatz für neun Kläger und bevorzugte Wiedereinstellung. Eine dritte, ebenfalls Siegersdorfer Werke, betreffs Urlaubsabwesenheit, ergab ein Plus für die Kläger. Es lagten mehrere Arbeiter um Gewährung des Urlaubs, der von der Betriebsleitung strittig gemacht wurde mit der Begründung, daß Arbeitsunterbrechung nicht als Arbeitsleistung anerkannt wird trotz tatsächlichen Zugeständnisses. Auf Antrag des Arbeitgebervertreters ist gegen das Urteil eine Berufung möglich. Die Absicht war Berufung.

Die vierte Klage wurde abgewiesen wegen Übertretung der tariflichen Bestimmungen. Zwei Arbeiter bezahlten je drei Mark. Als fünfte Klage wurde eine Urlaubsbezahlung von 26 Mark, entstanden durch Berechnung achttägiger Urlaubstages, obwohl der Arbeitstag 12 (!!!) Stunden betrug, und Abzug von 6 Prozent des Lohnbetrages verhandelt. Dagegen machte die belangte Firma geltend, daß ihr Betrieb in zwei vollständig getrennten Abteilungen nur je weniger als 40 Arbeiter beschäftigt und somit ihr das tarifliche Recht zustünde. Urteil: Abweisung der Klage, aber Berufungsmöglichkeit.

Eine Klage eines Landarbeiters auf Wiedereinstellung wurde verurteilt zwecks Ladung von Zeugen. (Das Material reichte nicht zur Abweisung der Klage. D. B.) Ein besonderes Kapitel bildete die zweite Klage eines Ackerbauers (Betriebsratsvorsitzender) gegen seinen adeligen Rittergutsbesitzer. Weil dieser erkannte, daß ein einseitig festgelegter Accord bei 13stündiger Arbeitszeit ganze 3,00 Mark Tagesverdienst einbrachte, und er deshalb keine Arbeitskollegen aufnahm, wurde er von dem Junker aufgefordert, andere Arbeit zu übernehmen sowie seine Pferde abzugeben. Der Kutscher weigerte sich auf Grund seines Arbeitsvertrages und des Betriebsratsgesetzes. Schließlich wurde er durch den Landjäger von der Arbeitsstelle entfernt. Seine Klage auf Wiedereinstellung wurde wegen „Gehorsamsverweigerung“ (!) und „Beliebigkeit“ abgewiesen, eine Berufungsmöglichkeit jedoch zuerkannt. Die Kosten wurden ihm mit 15 Mark auferlegt.

Die zwei letzteren Fälle beleuchteten eindringlich die Lebensbedingungen des Landproletariats in der „freiesten“ Republik.

Tot aufgefunden. Ein schauerliches Erlebnis hatten am Donnerstags nachmittag zwei Mittelschüler. Bei einem Spaziergang kamen sie in die Nähe des Latortes, wo der Seminarist Petri im Herbst vorigen Jahres seine Mitschülerin Hanke tötete. Sie unterhielten sich über die Tat und suchten die Stelle, wo sie geschehen. Plötzlich stolzte ihr Fuß. Vor ihnen lag mit blutendem Kopf, einen Revolver neben sich, ein etwa 25 Jahre alter Mann. Sie liefen eilends davon, um Meldung zu machen. Der zuständige Landjäger vermochte zunächst die Personalien des anscheinend freiwillig aus dem Leben Geschiedenen nicht festzustellen.

Abrechnung mit dem Erwerbslosenversicherungsgesetz. Am 5. Januar hielten die Erwerbslosen die erste diesjährige Versammlung im „Volkshaus“ ab. Zur Tagesordnung stand: 1. Referat des Ortsausführungsausschusses Hartmann über die Wertzeit der Saisonarbeiter, 2. Referat desselben über Lohnsteuererstattung, und 3. Verschiedene Angelegenheiten. Zu Punkt 1 erklärte Kollege Hartmann einleitend, daß die Auswirkung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes nicht die „ungünstigsten“ seien und die Verordnung vom 2. 12. 27 nicht überschreitend komme. Die Zahl der Kollegen in den betroffenen Berufen betrage in der Stadt nur 10 (!) im Kreise 161. Vom Ortsauschuß veranlaßt, befahte sich eine gemeinsame Sitzung der Vertreter von Stadt und Kreis der betreffenden Gewerkschaftsorganisationen und der Wohlfahrtsämter mit dem Ergebnis, daß unter Nachwirkung früherer Verbienstmöglichkeiten für die Betroffenen der Verzug diese jetzt wegfallen und somit das Landesarbeitsamt ersucht wurde, die Wertzeit auf sieben Tage zu verkürzen. In der Diskussion schilderte Kollege Lachner Erfahrungen in hiesigen Betrieben. Notwendig war es, neben der politischen auch die wirtschaftliche Revolution durchzuführen. Kollege Habel stellte im Gegenfall zum Referenten die ungünstige Auswirkung des Gesetzes fest. Die berücksichtigte Verordnung beleuchtet so recht die Absichten der Regierung. Die Bauern sind die Versuchssubjekte, um bei Gelingen weitere Verschlechterungen für andere Zweige folgen zu lassen und allmählich die gesamte Unterklasse aufzuheben. Er fordert die Aufhebung der Verordnung in Gesamtfragen, damit die Betroffenen in anderen Industrien und ländlichen Bezirken nicht zurückgelassen werden. Redner Kollege Gabel nagelte fest, daß die Gewerkschafts- und SPD-Vertreter von der Verordnung vorher Kenntnis hatten, ohne daß sie es für nötig fanden, die Arbeiter vor der Gefahr zu warnen. Erst der allgemeine Enttäuschungssturm schenkte sie auf. In der Erwiderung zeigte Kollege Hartmann sein wahres Gesicht. In gefälliger Weise versuchte er die Kritik der Genossen Gabel und Scheuner zu entkräften und machte der SPD. den Vorwurf des „Nichtmitarbeitens“ an dem Gesetz, mußte aber von Gabel die Antwort erhalten, daß gerade die SPD. mit dem Bürgerblock gemeinsam sämtliche wirklichen Verbesserungsanträge ablehnte und die SPD. niemals ihre Zustimmung zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter die Hand reichte. Die Lösung darf nicht sein: Kon an den Staat, sondern: Hinweg mit ihm. — Im zweiten Punkt referierte Hartmann über die Jurisdiktion der Lohnsteuer. Diese erfolgt in Form der Berechnung als auch als Punktsatz. Für gewerkschaftlich organisierte erfolgt die Regelung durch das Sekretariat. Im 3. Punkt erfolgten keine Anfragen. Genosse Gabel verlas eine Resolution an den A. O. B., die Zurücknahme der Verordnung vom 2. 12. 27 fordert mit Festsetzung von drei Tagen Wertzeit. Die anregend verlaufene Versammlung fand nach 2 1/2stündiger Dauer ihr Ende.

Irrtümlich totgesetzt. Entgegen den Meldungen, daß die Frau des Fuhrunternehmers Kabus den bei der Arbeit erlittenen Verletzungen erlegen wäre, erfahren wir, daß das nicht stimmt, sondern Frau Kabus noch am Leben ist und sich auf dem Wege der Besserung befindet.